

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
FDP				Sonstige Fragen:	<p>Wie viele private Fahrzeuge werden zur dienstlichen Nutzung verwendet? Wie hoch sind die Kosten dafür?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Im Jahr 2018 haben insgesamt 170 Beschäftigte ihr privates Fahrzeug zur Erledigung von Dienstgeschäften eingesetzt. An Wegstreckenentschädigung wurde dabei ein Betrag von 51.637,50 Euro verausgabt</i></p>
Die Grünen	---	---	---	„Investitionsdeckel“	<p>Geht die Verwaltung weiterhin davon aus, dass die Investitionen zu „deckeln“ sind? Wir bitten um Darstellung der Höhe des „Investitionsdeckels“ und der Höhe der (unrentierlichen) Investitionen sowie die Differenz in den Planjahren sowie in der Mittelfristplanung.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Stadt Sankt Augustin befindet sich bis einschließlich 2022 im Haushaltssicherungskonzept. Für die Jahre der Haushaltssicherung ist der Kreditdeckel in Höhe der ordentlichen Tilgungen für die nicht- bzw. teilrentierlichen Investitionsmaßnahmen grundsätzlich einzuhalten. Nicht auf den Kreditrahmen angerechnet werden die Kreditaufnahmen aus dem Schuldendiensthilfeprogramm „Gute Schule 2020“. Ebenfalls geht die Verwaltung davon aus, dass die Investition im Bäderbereich nicht auf den Kreditdeckel angerechnet wird. Auch nach Verlassen der Haushaltssicherung macht die Einhaltung des Kreditrahmens Sinn, um eine Neuverschuldung und zusätzliche Belastung künftiger Generationen mit dem Schuldendienst zu vermeiden. Verpflichtend ist dies jedoch nicht, allerdings müssen gem. § 86 I GO NRW die sich aus der Kreditaufnahme ergebenden Verpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde im Einklang stehen.</i></p> <p><i>Unter Berücksichtigung des 1. Änderungspapiers verbleibt in den einzelnen Jahren folgender Kreditrahmen:</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung					
					2020 in EUR	2021 in EUR	2022 in EUR	2023 in EUR	2024 in EUR	
					Neuaufnahme Investitionskredite	-16.405.100	-11.147.220	-6.497.430	-3.629.590	-1.896.360
					./. Kreditaufnahme im rentierlichen Bereich	-7.998.030	-2.274.730	-902.980	-836.980	-3.489.980
					= Kreditaufnahme im teil-/unrentierlichen Bereich	-8.407.070	-8.872.490	-5.594.450	-2.792.610	1.593.620
					./. Investitionsmaßnahmen für Bäder	-1.300.000	-2.600.000			
					./. Finanzierung durch Mittel "Gute Schule 2020"	-1.076.700				
					= auf Kreditrahmen anzurechnende Neuaufnahmen	-6.030.370	-6.272.490	-5.594.450	-2.792.610	1.593.620
					./. ordentliche Tilgung (= Kreditrahmen)	-6.082.040	-6.372.050	-6.539.860	-6.622.290	-6.633.830
					= freier Kreditrahmen	51.670	99.560	945.410	3.829.680	8.227.450
Die Grünen				Globaler Minderaufwand	<p>Welche Produkte sieht die Verwaltung aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit grundsätzlich als geeignet an, um einen globalen Minderaufwand anzusetzen? Wir bitten insbesondere um Auskunft zu Produkten mit hohem Personalaufwand und wahrscheinlich nicht vollumfänglich besetzten Stellen und mit hohem Investitionsaufwand, der wahrscheinlich nicht vollständig umgesetzt werden kann (insbesondere Bezug zu Minderaufwand für Planungskosten und AfA).</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Grundsätzlich nicht geeignet sind die Gebührenhaushalte (Produkte 11-02-01, 12-03-01 und 13-04-01), da die Ansetzung eines Minderaufwandes in der Konsequenz eine Gebührenreduzierung folgen müsste.</i> <i>Auf der Grundlage vergangener Ergebnisse kann zwangsläufig keine Empfehlung getroffen werden, bei welchen Produkten ein globaler Minderaufwand möglich ist. Die Produktverantwortlichen haben sich anhand der Vorgaben im Rahmen der Haushaltsklausur bei den Mittelanmeldungen für den Haushalt 2020/2021 bereits weitestgehend an den Ergebnissen der letzten Jahre orientiert. Realistisch wäre es einen globalen Minderaufwand im Zusammenhang mit vakanten Stellen anzusetzen. Jedoch muss auch hier bedacht werden, dass in den Bereichen, in denen Stellenvakanzen durch eine nicht planmäßige (Nach)Besetzung in der Regel Überstunden anfallen, für die dann entsprechende Rückstellungen zu bilden sind. Eine Aufstellung der Personalaufwendungen für vakante Stellen ist als Anlage 2 beigefügt.</i> <i>Die Planungskosten für Investitionsmaßnahmen werden ebenfalls investiv abgebildet, so dass diese nicht im Ergebnisplan enthalten sind. Die im Zusammenhang mit</i></p>					

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung																																																
					<i>Investitionsmaßnahmen anfallenden Abschreibungen werden erst ab dem Zeitpunkt der voraussichtlichen Inbetriebnahme geplant und nicht bereits mit Beginn der Baumaßnahme.</i>																																																
Die Grünen				Personalaufwendungen / Orga-Untersuchung Dez. IV	<p>Wir bitten um eine synoptische Darstellung, welche Stellenmehrbedarfe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Laut Orga-Untersuchung je Jahr festgestellt sind - Im Stellenplan durch Vorlage der Verwaltung eingerichtet werden sollen - Im Haushaltsplanentwurf inkl. ÄP je Jahr berücksichtigt sind <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die übersichtliche Darstellung der Stellenmehrbedarfe ergibt sich aus der Folie Nr. 31 aus der Ergebnispräsentation der Fa. Rödl & Partner vom 18.09.2019. Diese wird wie folgt als Tabelle wiedergegeben. Hier hat der Berater bereits Vorschläge für die Priorisierung in den kommenden Jahren unterbreitet:</i></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020</th> <th>2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><i>Dez. IV (direkt zugeordnet)</i></td> <td>-</td> <td>1,15</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td><i>Büro für Natur- und Umweltschutz</i></td> <td>1</td> <td>1,41</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td><i>Zentrale Vergabestelle</i></td> <td>-</td> <td>-0,28</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td><i>Fachdienst 6/10</i></td> <td>2,5</td> <td>1,5</td> <td>0,37</td> </tr> <tr> <td>Fachdienst 6/30</td> <td>2</td> <td>2,13</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>Fachdienst 7/30</td> <td>3</td> <td>2,24</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td><i>7/60</i></td> <td>-</td> <td>0,48</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td><i>FB 9 (direkt zugeordnet)</i></td> <td>-</td> <td>1</td> <td>0,2</td> </tr> <tr> <td><i>Fachdienst 9/10</i></td> <td>-</td> <td>-</td> <td>2,38</td> </tr> <tr> <td>Fachdienst 9/20</td> <td>1,5</td> <td>0,82</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>Summe:</td> <td>10</td> <td>10,45</td> <td>3,95</td> </tr> </tbody> </table> <p><i>Davon sollen nach Beschlussvorschlag der Verwaltung bereits mit der nächsten Stellenplanänderung (DS.Nr. 19/0344, HaFa am 09.10.2019) 6,5 Stellen eingerichtet werden. Es handelt sich dabei um Stellen, deren Einrichtung alternativlos ist, weil ansonsten ein Organisationsverschulden bestünde. Diese Stellen sind in der obigen Tabelle fett dargestellt.</i></p> <p><i>Im Januar 2020 soll eine Arbeitsgruppe aus Politik und Verwaltung dann über alle anderen</i></p>		2020	2021	2022	<i>Dez. IV (direkt zugeordnet)</i>	-	1,15	-	<i>Büro für Natur- und Umweltschutz</i>	1	1,41	1	<i>Zentrale Vergabestelle</i>	-	-0,28	-	<i>Fachdienst 6/10</i>	2,5	1,5	0,37	Fachdienst 6/30	2	2,13	-	Fachdienst 7/30	3	2,24	-	<i>7/60</i>	-	0,48	-	<i>FB 9 (direkt zugeordnet)</i>	-	1	0,2	<i>Fachdienst 9/10</i>	-	-	2,38	Fachdienst 9/20	1,5	0,82	-	Summe:	10	10,45	3,95
	2020	2021	2022																																																		
<i>Dez. IV (direkt zugeordnet)</i>	-	1,15	-																																																		
<i>Büro für Natur- und Umweltschutz</i>	1	1,41	1																																																		
<i>Zentrale Vergabestelle</i>	-	-0,28	-																																																		
<i>Fachdienst 6/10</i>	2,5	1,5	0,37																																																		
Fachdienst 6/30	2	2,13	-																																																		
Fachdienst 7/30	3	2,24	-																																																		
<i>7/60</i>	-	0,48	-																																																		
<i>FB 9 (direkt zugeordnet)</i>	-	1	0,2																																																		
<i>Fachdienst 9/10</i>	-	-	2,38																																																		
Fachdienst 9/20	1,5	0,82	-																																																		
Summe:	10	10,45	3,95																																																		

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>Stellen und deren Einrichtung sowie Priorisierung beraten und einen Beschlussvorschlag erarbeiten. Daher sind bisher keine weiteren Stellen im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt.</i>
SPD	159/ 165	01-06- 06/01-07- 01	KZN	Digitalisierung	<p>Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass geprüft werden sollte, ob mittel- bis langfristig eine Stelle geschaffen werden kann als Chief Digital Officer. Es geht um zentrale IT-Beschaffungen, Digitalisierung für BürgerInnen, Stadtleben und Verwaltung im Sinne der Bürgerinnen sinnvoll zu gestalten und nutzbar zu machen. Es geht um Infrastruktur, IT-Dienste, Software, Bildung, Kulturangebote, Partizipation, Verbesserung der Organisation der Stadt durch digitale Dienste. Barcelona und Hamburg können da als Inspiration dienen. Im besten Falle würde auf Kreisebene gearbeitet, denn Digitalisierung bedeutet ja auch immer den Vorteil der niedrighschwelligen Vernetzung, daher ist es im Zweifel wenig sinnvoll, auf Stadtebene zu starten. Ein sehr wichtiges Thema zur Zukunftsfähigkeit der Stadt.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Verwaltung teilt diese Ansicht und behandelt dieses im Bericht zum Sachstand digitale Verwaltung DS.Nr. 19/0353, welcher im Haupt- und Finanzausschuss am 09.10.2019 zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.</i> <i>Zitat: „Deutlich wird hierbei, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Prioritäten in den Handlungsfeldern gesetzt werden müssen. Es wird weder finanziell noch personell leistbar sein, alle Themenfelder gleichzeitig zu bespielen. Daraus resultieren dann auch Fragen der Beteiligung von Stakeholdern und der Bürgerschaft. Die Umsetzung einer umfassenden digitalen Strategie bedarf zusätzlicher Personalressourcen. Fragen der Einrichtung einer Stabsstelle Digitalisierung und/oder der Benennung eines Chief Digital Officers (CDO) gilt es zu klären. Im Zuge der begrenzten Haushaltsmittel stellt sich die Frage in welchem Umfang und mit welcher Priorität das Thema Digitalisierung gewichtet wird.“</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
FDP	6	HSK		AK-Aufgabenkritik	<p>Wer hat an dem AK teilgenommen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es handelt sich hierbei um eine HSK-Maßnahme des Jahres 2010. Die damalige Arbeitsgruppe „Aufgabenkritik“ bestand aus Mitgliedern der Fraktionen.</i></p>
FDP	40	HSK 04-04-01		Musikschule	<p>Ist eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Musikschule möglich?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Seit vielen Jahren besteht eine Arbeitsgemeinschaft der Musikschulen im Rhein-Sieg-Kreis. Sie besteht aus den Musikschulen Bad Honnef, Bornheim, Hennef, Königswinter, Lohmar, Niederkassel, Sankt Augustin, Siegburg, Troisdorf und Voreifel (Meckenheim, Rheinbach und Swisttal) Sie richtet Wettbewerbe incl. der Preisträgerkonzerte aus, führt gemeinsame Projekte wie LuKi (Ludwig van Beethoven goes KiTa) durch und tauscht sich über Entwicklungen in der Musikschullandschaft aus. Alle zwei Jahre wird ein gemeinsamer Musikschultag ausgerichtet, in diesem Jahr konnte somit das Augustiner Klosterfest mit vielen Beiträgen von Ensembles der Musikschulen bereichert werden. Einige Ensembles wie z.B. die „Globetröter – das Weltmusikorchester“ und das Jugendstreicherorchester der Musikschule werden dabei gemeinsam in Kooperation mit anderen Musikschulen geführt, wobei sich in diesen Fällen die Personalkosten geteilt werden. Auch beim Ausleihen von Instrumenten wird sich gegenseitig ausgeholfen um zeitweilige Engpässe zu vermeiden und geg. Neuanschaffungen von Instrumenten zu vermeiden. Sollte für ein bestimmtes Instrument (Horn oder Kontrabass) zu wenige Schüler in einem Ort angemeldet sein, so dass sich für diese Schüler kein Lehrer finden lässt, wird nach Möglichkeit mit einer anderen Musikschule kooperiert, so dass die Schüler von verschiedenen Musikschulen an einem Ort unterrichtet werden. Die Abrechnungen mit den Schülern und Lehrern läuft aber nach Musikschulen getrennt.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	107	01-02-01	KNZ	Seitenzugriffe	<p>Wird durch die Umstellung die Anzahl der Seitenzugriffe auch zukünftig nicht zu ermitteln sein, oder wie kann man die fehlenden Angaben für 2020 und 2021 verstehen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	108	01-02-01	16	Sitzungsgelder	<p>Mit Beginn der neuen Ratsperiode ist mit Überhangmandaten zu rechnen. Wie viele würden entstehen, wenn man das letzte Europawahlergebnis zur Grundlage nehmen würde und weshalb sind keine Mehrausgaben bisher vorgesehen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Derzeit stehen im Wahlprogramm „Votemanager“ noch nicht alle Komponenten zur Verfügung, die eine automatisierte Berechnung eines fiktiven Wahlergebnisses ermöglichen würden. Inwieweit die Ergebnisse der Europawahl darüber hinaus aussagekräftig für den Ausgang der Kommunalwahl sind, kann dabei außer Betracht gelassen werden. Derzeit sind im Fachdienst 1/30 für hypothetische Berechnungen keine personellen Ressourcen vorhanden. Sollte es bei den Kommunalwahlen absehbar zu Überhangmandaten kommen, müssen die Mittel im Nachtragshaushalt veranschlagt werden.</i></p>
Die Grünen	109	01-02-01	16	Sitzungsgelder für Rats- und Ausschussmitglieder	<p>Woraus leitet die Verwaltung ab, dass die in § 8 Abs. 5 der Hauptsatzung getroffene Regelung, dass Ausschussvorsitzende keine zusätzliche Aufwandsentschädigung erhalten, mit der neuen Wahlzeit nicht mehr gültig wäre? Wie hoch wäre der Ansatz ohne Berücksichtigung dieser Mehraufwendungen jeweils in den Jahren 2020 – 2024?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Im Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften vom 18.12.2018 (GV. NRW. S. 738) ist in Artikel 11, Inkrafttreten, Übergangsregelungen Abs. 3 geregelt: „Artikel 1 Nummer 4, Artikel 3 Nummer 4, Artikel 4 Nummer 1 und Artikel 5 Nummer 1 treten mit Beginn der Wahlperiode der im Jahr 2020 anlässlich der allgemeinen Kommunalwahlen</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p>gewählten kommunalen Vertretungen in Kraft. Satzungsrechtliche Regelungen, die aufgrund der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden § 46 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, § 31 Satz 2 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, § 16 Absatz 2 Satz 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und § 12 Absatz 4 Satz 2 des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr getroffen worden sind, verlieren mit Beginn der Wahlperiode der im Jahr 2020 anlässlich der allgemeinen Kommunalwahlen gewählten kommunalen Vertretungen ihre Gültigkeit“.</p> <p>Die Mehraufwendungen für die Aufwandsentschädigung für die Ausschussvorsitzenden betragen, vorausgesetzt mtl. 420€(5% Erhöhung der Aufwandsentschädigungen) und 10 Ausschüsse, 50.400€ jährlich.</p> <p>Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei der Ermittlung der Haushaltsansätze 2020/2021 von der gleichen Zusammensetzung des Rates ab Okt. 2020 ausgegangen wurde (Anzahl Fraktionen im Rat, gleiche Fraktionsstärke im Hinblick auf die Aufwandsentschädigungen für die Fraktionsvorsitzenden, zwei stellv. Bürgermeister und gleiche Anzahl der Ratsmitglieder) Aus heutiger Sicht, kann aber aller Wahrscheinlichkeit nach, aufgrund von Überhangs- und Ausgleichsmandaten, von mehr als 50 Ratsmitgliedern ab Oktober 2020 ausgegangen werden. Jedes zusätzliche Ratsmitglied führt bei einer mtl. Aufwandsentschädigung von 420 € (5% Erhöhung) zu jährlichen Mehrausgaben von 5.040 €.</p>
FDP	113	01-02-02	Zeile 13	Digitalisierung & Zukunftswerkstatt	<p>Was beinhalten die Sach- und Dienstleistungen „Digitalisierung & Zukunftswerkstatt genau? (Gesamtvolumen 90.000 Euro).</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u></p> <p>Im Bereich Digitalisierung wurden Mittel i. H. v. 50.000 € für externe Beratung sowie die Begleitung für die Erstellung einer Digitalisierungsstrategie unter Beteiligung der Politik angemeldet. (siehe auch DS-Nr. 19/0353 „Bericht zum Sachstand digitale Verwaltung“)</p> <p>Für die Zukunftswerkstatt wurden 40.000 € für externe Beratung und Durchführung von Workshops angemeldet. Hierbei handelt es sich um die Fortführung des erfolgreichen Führungskräfteprojektes zur Optimierung von Führung und Zusammenarbeit. Im Zuge des Gesamtprozesses „Führung und Zusammenarbeit“ sollen nun die Beschäftigten im Rahmen einer Zukunftswerkstatt an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft teilhaben.</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
FDP	113	01-02-02	Zeile 16	Fortbildungskosten	<p>Warum wurden hier so hohe Fortbildungskosten angesetzt? In den Teilergebnishaushalt der anderen Bereiche wurden ebenso Fortbildungskosten angesetzt</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Mittel für Fortbildung werden je Dezernat angemeldet und orientieren sich an dem von den Dienststellen gemeldeten Bedarf. In den Fortbildungskosten des Dezernates I sind noch zusätzliche Mittel für zentral angebotene Fortbildungen enthalten. Daher ist der Ansatz hier höher. Es handelt sich dabei in 2020 um Fortbildungen aus den Bereichen Arbeitsschutz, Korruptionsprävention, Fortführung der Führungskräftebildungen, Schulungen für Mitarbeitergespräche, Risikomanagement und IKS, Digitalisierung, Rechnungsworkflow und Beurteilungswesen. In 2021 sind zentrale Fortbildungen in den Bereichen Korruptionsprävention, Arbeitsschutz, Führungskräftebildungen, Risikomanagement, Digitalisierung, Rechnungsworkflow, Beurteilungswesen und Training von Schlüsselqualifikationen vorgesehen.</i></p>
Die Grünen	113	01-02-02	13	Digitalisierung	<p>Um was handelt es sich bei dem Ansatz „Digitalisierung“ von je 50.000 Euro in 2020 und 2021? Sind hier auch in den Jahren 2022-2024 Aufwendungen geplant?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Im Bereich Digitalisierung wurden Mittel i. H. v. 50.000 € für externe Beratung sowie die Begleitung für die Erstellung einer Digitalisierungsstrategie unter Beteiligung der Politik angemeldet. (siehe auch DS-Nr. 19/0353 „Bericht zum Sachstand digitale Verwaltung“) Nachdem ein Prozess Digitalisierung in der Stadtgesellschaft etabliert wurde geht die Verwaltung davon aus, dass in den Folgejahren keine weitere externe Unterstützung notwendig ist.</i></p>
Die Grünen	113	01-02-02	13	Digitalisierung	<p>Um was handelt es sich bei dem Ansatz „Zukunftswerkstatt“ von je 50.000 Euro in 2020 und 2021? Sind hier auch in den Jahren 2022-2024 Aufwendungen geplant?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Für die Zukunftswerkstatt wurden 40.000 € für externe Beratung und Durchführung von Workshops angemeldet. Hierbei handelt es sich um die Fortführung des erfolgreichen</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung																				
					<p><i>Führungskräfteprojektes zur Optimierung von Führung und Zusammenarbeit. Im Zuge des Gesamtprozesses „Führung und Zusammenarbeit“ sollen nun die Beschäftigten im Rahmen einer Zukunftswerkstatt an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft teilhaben. Der Prozess „Führung und Zusammenarbeit“ geht zwar auch über das Jahr 2021 hinaus, jedoch wird hier noch kein weiterer Bedarf für externe Unterstützung gesehen.</i></p>																				
Die Grünen	113	01-02-02	16	Fortbildungskosten Dezernat I	<p>Wie setzen sich die relativ hohen Fortbildungskosten für das Dezernat I mit welchen Einzelkosten zusammen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Mittel für Fortbildung werden je Dezernat angemeldet und orientieren sich an dem von den Dienststellen gemeldeten Bedarf. In den Fortbildungskosten des Dezernates I sind noch zusätzliche Mittel für zentral angebotene Fortbildungen für das ganze Haus enthalten. Daher ist der Ansatz hier höher. Es handelt sich dabei in 2020 um Fortbildungen aus den Bereichen Arbeitsschutz, Korruptionsprävention, Fortführung der Führungskräftebildungen, Schulungen für Mitarbeitergespräche, Risikomanagement und IKS, Digitalisierung, Rechnungsworkflow und Beurteilungswesen. In 2021 sind zentrale Fortbildungen in den Bereichen Korruptionsprävention, Arbeitsschutz, Führungskräftebildungen, Risikomanagement, Digitalisierung, Rechnungsworkflow, Beurteilungswesen und Training von Schlüsselqualifikationen vorgesehen. Die Verteilung ergibt sich folgendermaßen:</i></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="2">2020</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Antikorruption</td> <td>8.000 €</td> </tr> <tr> <td>Arbeitsschutz</td> <td>7.400 €</td> </tr> <tr> <td>KGSt Forum</td> <td>4.400 €</td> </tr> <tr> <td>Digitalisierung</td> <td>4.000 €</td> </tr> <tr> <td>Führungskräftebildungen</td> <td>13.000 €</td> </tr> <tr> <td>Schulungen Mitarbeitergespräche</td> <td>10.000 €</td> </tr> <tr> <td>Führungskräftebildung IKS/Risikomanagement</td> <td>8.000 €</td> </tr> <tr> <td>Rechnungsworkflow</td> <td>3.000 €</td> </tr> <tr> <td>Bedarf Dez. I</td> <td>94.770 €</td> </tr> </tbody> </table>	2020		Antikorruption	8.000 €	Arbeitsschutz	7.400 €	KGSt Forum	4.400 €	Digitalisierung	4.000 €	Führungskräftebildungen	13.000 €	Schulungen Mitarbeitergespräche	10.000 €	Führungskräftebildung IKS/Risikomanagement	8.000 €	Rechnungsworkflow	3.000 €	Bedarf Dez. I	94.770 €
2020																									
Antikorruption	8.000 €																								
Arbeitsschutz	7.400 €																								
KGSt Forum	4.400 €																								
Digitalisierung	4.000 €																								
Führungskräftebildungen	13.000 €																								
Schulungen Mitarbeitergespräche	10.000 €																								
Führungskräftebildung IKS/Risikomanagement	8.000 €																								
Rechnungsworkflow	3.000 €																								
Bedarf Dez. I	94.770 €																								

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung																										
					<table border="1"> <tr> <td>SUMME</td> <td>152.570 €</td> </tr> <tr> <td>2021</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Training von Schlüsselqualifikationen</td> <td>35.000 €</td> </tr> <tr> <td>Führungskräfteschulungen</td> <td>15.000 €</td> </tr> <tr> <td>Beurteilungswesen</td> <td>10.000 €</td> </tr> <tr> <td>Antikorruption</td> <td>8.000 €</td> </tr> <tr> <td>Arbeitsschutz</td> <td>5.400 €</td> </tr> <tr> <td>Digitalisierung</td> <td>4.000 €</td> </tr> <tr> <td>Führungskräfteschulung IKS/Risikomanagement</td> <td>8.000 €</td> </tr> <tr> <td>Rechnungsworkflow</td> <td>7.000 €</td> </tr> <tr> <td>BEM</td> <td>400 €</td> </tr> <tr> <td>Bedarf Dez. I</td> <td>78.410 €</td> </tr> <tr> <td>SUMME</td> <td>171.210 €</td> </tr> </table>	SUMME	152.570 €	2021		Training von Schlüsselqualifikationen	35.000 €	Führungskräfteschulungen	15.000 €	Beurteilungswesen	10.000 €	Antikorruption	8.000 €	Arbeitsschutz	5.400 €	Digitalisierung	4.000 €	Führungskräfteschulung IKS/Risikomanagement	8.000 €	Rechnungsworkflow	7.000 €	BEM	400 €	Bedarf Dez. I	78.410 €	SUMME	171.210 €
SUMME	152.570 €																														
2021																															
Training von Schlüsselqualifikationen	35.000 €																														
Führungskräfteschulungen	15.000 €																														
Beurteilungswesen	10.000 €																														
Antikorruption	8.000 €																														
Arbeitsschutz	5.400 €																														
Digitalisierung	4.000 €																														
Führungskräfteschulung IKS/Risikomanagement	8.000 €																														
Rechnungsworkflow	7.000 €																														
BEM	400 €																														
Bedarf Dez. I	78.410 €																														
SUMME	171.210 €																														
Die Grünen	113	01-02-02	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	<p>Welche Fortbildungskosten werden in jedem Dezernat für den einzelnen Mitarbeiter kalkuliert? Bitte je Dezernat die drei kostenaufwändigsten Fortbildungen benennen.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Die Mittel für Fortbildung werden je Dezernat angemeldet und orientieren sich an dem von den Dienststellen gemeldeten Bedarf. Zur Vorbereitung der Mittelanmeldungen melden die einzelnen Dienststellen ihren Bedarf an Fortbildungen an FB 0. In diesem Jahr ist der Ansatz von der Verwaltung in prozentualem Verhältnis zum Rechnungsergebnis pauschal gekürzt und nur in dieser geringeren Höhe angemeldet worden. Liste der drei kostenaufwändigsten Fortbildungen je Dezernat:</p> <table border="1"> <tr> <td>Dezernat I</td> <td></td> </tr> </table>	Dezernat I																									
Dezernat I																															

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung																						
					<table border="1"> <tr> <td data-bbox="904 300 1776 336"><i>Microsoft Administration von Microsoft Exchange Server</i></td> <td data-bbox="1776 300 1984 336">4.200 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="904 336 1776 373"><i>Microsoft Windows Server 2019</i></td> <td data-bbox="1776 336 1984 373">3.580 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="904 373 1776 499"><i>Hacking: Ein Grundlagenkurs um die aktuellen Angriffsszenarien in der IT kennenzulernen, erkennen und beurteilen zu können</i></td> <td data-bbox="1776 373 1984 499">3.900 €</td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="904 579 1984 624">Dezernat III</td> </tr> <tr> <td data-bbox="904 624 1776 660"><i>Atenschutzgeräteprüfung Pflichtlehrgang</i></td> <td data-bbox="1776 624 1984 660">2.000 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="904 660 1776 697"><i>LVR-Kurs Neu im ASD</i></td> <td data-bbox="1776 660 1984 697">1.650 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="904 697 1776 734"><i>Grundseminar Personenstands- und Familienrecht mit Prüfung</i></td> <td data-bbox="1776 697 1984 734">1.260 €</td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="904 813 1984 850">Dezernat IV</td> </tr> <tr> <td data-bbox="904 850 1776 887"><i>Brandmeldeanlagen Planen und Projektieren (mehrtägig)</i></td> <td data-bbox="1776 850 1984 887">2.260 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="904 887 1776 924"><i>baulicher Brandschutz</i></td> <td data-bbox="1776 887 1984 924">2.700 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="904 924 1776 960"><i>Schließanlagen-Management</i></td> <td data-bbox="1776 924 1984 960">2.200 €</td> </tr> </table>	<i>Microsoft Administration von Microsoft Exchange Server</i>	4.200 €	<i>Microsoft Windows Server 2019</i>	3.580 €	<i>Hacking: Ein Grundlagenkurs um die aktuellen Angriffsszenarien in der IT kennenzulernen, erkennen und beurteilen zu können</i>	3.900 €	Dezernat III		<i>Atenschutzgeräteprüfung Pflichtlehrgang</i>	2.000 €	<i>LVR-Kurs Neu im ASD</i>	1.650 €	<i>Grundseminar Personenstands- und Familienrecht mit Prüfung</i>	1.260 €	Dezernat IV		<i>Brandmeldeanlagen Planen und Projektieren (mehrtägig)</i>	2.260 €	<i>baulicher Brandschutz</i>	2.700 €	<i>Schließanlagen-Management</i>	2.200 €
<i>Microsoft Administration von Microsoft Exchange Server</i>	4.200 €																										
<i>Microsoft Windows Server 2019</i>	3.580 €																										
<i>Hacking: Ein Grundlagenkurs um die aktuellen Angriffsszenarien in der IT kennenzulernen, erkennen und beurteilen zu können</i>	3.900 €																										
Dezernat III																											
<i>Atenschutzgeräteprüfung Pflichtlehrgang</i>	2.000 €																										
<i>LVR-Kurs Neu im ASD</i>	1.650 €																										
<i>Grundseminar Personenstands- und Familienrecht mit Prüfung</i>	1.260 €																										
Dezernat IV																											
<i>Brandmeldeanlagen Planen und Projektieren (mehrtägig)</i>	2.260 €																										
<i>baulicher Brandschutz</i>	2.700 €																										
<i>Schließanlagen-Management</i>	2.200 €																										
SPD	116	01-02-03	16	Stadtlogo	<p>Hat die Stadtverwaltung auch in den kommenden zwei Jahren nicht die Ambition, der Stadt endlich ein neues Stadtlogo zu geben? Der letzte Versuch ist zwar gescheitert, aber das kann doch nicht der letzte Versuch gewesen sein. Fehlen die Gelder für eine Logoentwicklung?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> 2021: In Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ sind 10.000 Euro für die Erstellung eines Corporate-Designhandbuchs und die gleichzeitige Weiterentwicklung des städtischen Logos eingeplant. Vorarbeiten sollen 2020 nach der Bürgermeisterwahl starten. Aufgrund des Wechsels an der Verwaltungsspitze soll der Prozess jedoch erst nach der Wahl in 2021 angestoßen werden.</p>																						

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	116	01-02-03	16	Kommunikationsarbeit	<p>Hat die Stadt ein Kommunikationskonzept? Gibt es Lösungen wie man mit den modernen Medien zukünftig besser umgehen wird. Wie stellt sich die Pressearbeit neu auf? Durch den Personalwechsel kommt es ja zu Veränderungen? Sind Investitionen zu tätigen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Derzeit wird der Newsletter durch den Wegfall von Whatsapp anders aufgestellt. Regelungen zur Kommunikation und zur künftigen Pressearbeit sind zur Zeit in der Überlegung.</i></p>
SPD	119	01-03-01	KZN	Gleichstellungsstelle	<p>Schlagen folgende Ergänzungen vor: -wird nachgereicht-</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	123	01-03-02	KZN	Datenschutz	<p>Schlagen folgende Ergänzungen vor: -wird nachgereicht-</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
Aufbruch	128	01-03-03	31	IT-Sicherheit	<p>Erklärung für die Schwankung?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Schwankungen der Zeile 31 folgend hauptsächlich aus den veränderten Personalkosten. So wurde die Stabsstelle erst im Jahr 2019 vollständig besetzt und hat somit erst im Jahr 2019 ihre Arbeit für die beteiligten Kommunen aufgenommen. Daher erfolgte im Ergebnis 2018 keine Kostenerstattung durch diese. Da jedoch eine Stelle ab November 2018 besetzt wurde, sind hier Personalaufwendungen zu verzeichnen. Ebenso hat sich erst bei der Aufstellung des Haushaltes 20/21 gezeigt, welche Personal- und Nebenkosten anzusetzen sind, aufgrund der nun besetzten Stellen. Gemeinsam mit den Personalkosten steigen auch die Erstattungen durch die beteiligten Kommunen. Der sinkende Planwert ab 2022 resultiert aus den geringeren Veranschlagungen für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, da eine geplante Zertifizierung der Verwaltung gemäß dem IT-Sicherheitsstandard ISIS12 in den</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>Jahren 2020 und 2021 durchgeführt werden soll.</i>
FDP	133	01-04-01	Zeile 16	Arbeitsschutz	<p>Warum gehört Arbeitsschutz inkl. Gefährdungsbeurteilungen zum Personalrat? Passt eher in Organisation?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Der Kostenträger 01-04-01 hat die Bezeichnung Personalrat/Einrichtungen für Verwaltungsangehörige und beinhaltet sowohl die Mittel des Personalrates, als auch die Mittel des Arbeitsschutzes als Einrichtung für Verwaltungsangehörige. Der Kostenträger ist daher nicht nur dem Personalrat vorbehalten.</i></p>
SPD	154	01-06-05	11	Überstunden	<p>Wie haben sich die Überstunden der Mitarbeiter der Poststelle in den letzten Jahren entwickelt? Ist die Personalausstattung ausreichend für die existierenden Aufgaben? Wieso werden als Fahrer*innen nur die Mitarbeiter der Poststelle einbezogen? Wie ist die Postverteilung im Haus organisiert? Man sieht bei jedem Wetter Mitarbeiter*innen mit Wagen zwischen den unterschiedlichsten Dienststellen pendeln.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Entwicklung der Überstunden ist in den letzten drei Jahren unverändert geblieben. Ein Abbau der Überstunden war aufgrund krankheits- und urlaubsbedingter Ausfälle nur selten möglich. Grundsätzlich ist jedoch ein kontinuierlicher Rückgang der Fahrtätigkeiten festzustellen.</i> <i>Die Personalausstattung ist ausreichend.</i> <i>Die Tätigkeiten wurden nach dem Ausscheiden des letzten verbliebenen Mitarbeiters der Druckerei – der primär nur in diesem Bereich gearbeitet hat – neu verteilt. Die vier Beschäftigten werden nunmehr gleichmäßig in den drei Arbeitsfeldern Druckerei, Poststelle und Fahrdienst eingesetzt. Zudem unterstützt ein Mitarbeiter des Bauhofes die Fahrtätigkeit.</i> <u>Postverteilung:</u> <i>Die Post wird regelmäßig einmal täglich (vormittags) im Rathaus und in den Nebenstellen</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p>organisationsbezogen verteilt. Im technischen Rathaus wurde im Erdgeschoss ein zentraler Postraum für ein- und ausgehende Post eingerichtet.</p> <p>Je nach personeller Verfügbarkeit erfolgt montags und donnerstags ein zweiter Postgang ins technische Rathaus.</p>
SPD	154	01-06-05	16	Postgebühren	<p>Erwartet die Verwaltung in den kommenden beiden Jahren keine Gebührenerhöhungen, oder weshalb ist der Ansatz unverändert?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es handelt sich um die anfallenden Postgebühren für den Versand von Briefen und Paketen, die Aufladegebühren für das Porto der Frankiermaschine sowie Anlieferkosten für die städtische Post nach den Erfahrungen nach dem letzten Jahr. In den Jahren der Wahl ist nach langjährigen Erfahrungen mit einem zusätzlich erhöhten Portoaufkommen von etwa 3.500,- EUR pro Wahl für den Versand der Briefwahlunterlagen zu rechnen. Zudem wurde das Porto ab dem 01.07.2019 auf 0,80 EUR erhöht, welches in der Mittelanmeldung berücksichtigt wurde. Weitere Portoerhöhungen wurden erst einmal nicht berücksichtigt.</i></p>
FDP	165	01-07-01		Kosten pro PC-Arbeitsplatz	<p>Kosten pro PC-Arbeitsplatz mit ca. 5.000 Euro sehr hoch, bitte Berechnung offenlegen</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Berechnung erfolgt, indem der Wert in Zeile 27 (Interne Leistungsverrechnung) durch die Anzahl der PC-Arbeitsplätze dividiert wird, also bspw. 2.384.610 € / 459 PC-Arbeitsplätze = 5195,23 €.</i></p> <p><i>Zulieferer (insbesondere der civitec) haben zwischenzeitlich ihre Preiskalkulation präzisiert und gesenkt. Diese Preissenkungen werden in den Änderungspapieren des Haushaltsentwurf berücksichtigt:</i></p> <p><i>Für das 1. Änderungspapier wird ein "ordentliches Ergebnis" (Zeile 18 Produkt 01-07-01) für das Jahr 2020 in Höhe von 2.214.020 € (zuvor: 2.384.530 €) und für das Jahr 2021 in Höhe von 2.191.190 € (zuvor: 2.227.910 €) angemeldet.</i></p> <p><i>Da zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Frage die neuen Werte für die Interne Leistungsverrechnung noch nicht vorliegen und diese üblicherweise nicht entscheidend von dem Wert in Zeile 18 abweichen, wurde für das 1. Änderungspapier der Wert in Zeile 18</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p>durch die Anzahl der PC-Arbeitsplätze dividiert.</p> <p>Somit ergeben sich für die Folgejahre Kosten eines PC-Arbeitsplatzes wie folgt: 2020: 2.214.020 / 459 = 4.830 € (gerundet) 2021: 2.191.190 / 469 = 4.680 € (gerundet).</p>
FDP	165	01-07-01		Windows 10-Umstellung	<p>Laut Anmerkung müssen aufgrund der Windows 10 Umstellung alle PCs ausgetauscht werden. Windows 10 ist seit 2015 auf dem Markt. Es ist nur ein Austausch älterer PCs > 4 Jahre sinnvoll, alle jüngere PCs wurden schon mit Windows 10-Lizenz ausgeliefert. Warum ist eine vollständige Umstellung notwendig?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Vom Austausch der PCs im Rahmen der Windows 10 Migration sind solche Computer betroffen, die nicht mit einer annehmbaren Performance im Netzwerk der Stadtverwaltung eingesetzt werden können. Auf den PCs ist nicht nur die Betriebssystemsoftware, sondern es sind neben Groupware (E-Mail - und Kalendersoftware) und Office diverse Fachanwendungen installiert. Die Rechner sind zudem in einer Domänenstruktur verwaltet. Die Mitlieferung einer Betriebssystemlizenz sagt deshalb wenig darüber aus, ob der jeweilige PC tatsächlich mit der konkreten Betriebsumgebung kompatibel ist.</p> <p>Der Austausch der PCs wird im Jahr 2019 abgeschlossen sein; in den Jahren 2020 und 2021 erfolgt plangemäß kein Austausch mehr.</p>
SPD	166	01-07-01	13	Civitec/Regio IT GmbH	<p>Durch die Fusion entstehen der Stadt nicht unerhebliche Mehrwertsteuerbelastungen. Wie hoch sind diese genau? Was hält die Verwaltung von einer Überlegung, möglicherweise den Bereich in den Konzern der Stadtwerke zukünftig auszugliedern, um Steuervorteile zu erzielen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Die genaue Höhe lässt sich derzeit noch nicht beziffern, weil das Vertragswerk noch in Erstellung begriffen ist. Die derzeitigen (Stand: 04.10.2019) Entwürfe sehen für das Jahr 2020 eine Kostensteigerung von 6,5 % und für das 2021 eine Kostensteigerung von 2,5 % wegen der Umsatzsteuer vor.</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p><i>Dabei soll nachfolgender Berechnungsschlüssel (2020) Anwendung finden.</i></p> <p><i>Zitat:</i> <i>„Der Preis 2019 (= 100 %) ist zunächst um einen Betrag in Höhe der gesetzlichen Umsatzsteuer zu vermindern ($100 / 1,19 = 84,03$), dann um 6,5 % zu erhöhen ($84,03 * 1,065 = 89,5$) und dann um die gesetzliche Umsatzsteuer zu erhöhen ($89,50 * 1,19 = 106,5$)“.</i></p> <p><i>Für 2021 beträgt die Erhöhungsrage 2,5 %.</i> <i>Dies würde in konkreten Beträgen eine Mehrbelastung von rund 38.530 € im Jahr 2020 und weiteren 14.200 € im Jahr 2021 bedeuten.</i></p> <p><i>Zu einer Integration des IT-Bereichs in die Stadtwerke wurden seitens der Verwaltung noch keine Überlegungen angestellt. Die Stadtwerke Sankt Augustin sind kein spezialisierter IT-Betrieb. Die geplante Fusion der Civitec mit der Regio-IT belegt aber, dass IT-Anbieter in der Regel eine möglichst große Anzahl an Nutzern haben müssen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.</i></p>
SPD	171	01-07-01	00-F01	Festwert IUK-Technik	<p>Weshalb wurde der Ansatz in 2018 nicht ausgeschöpft? Ist der Austauschbedarf zurückgegangen? Existieren nicht viele Arbeitsplätze die schon zu lange auf eine Erneuerung warten?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Im Jahr 2018 waren große und langwierige Projekte wie Bezug des technischen Rathauses und Migration der File- und Printservice (zur Ablösung der veralteten Novell-Infrastruktur) trotz rd. halbjährlicher Vakanz von etwa zwei Vollzeitstellen) abzuwickeln. Deshalb mussten andere Projekte zurückgestellt werden.</i></p> <p><i>Hinsichtlich des Festwertes wurden aufgegebene Bestellungen in größerem Umfang (Personalcomputer) aufgrund von Lieferschwierigkeiten vom civitec nicht bedient. Ursprünglich für das Jahr 2018 geplante Beschaffungen im Netzwerkbereich waren auf das Jahr 2017 vorgezogen worden, um ausreichend Vorlauf bei der Inbetriebnahme der IT im technischen Rathaus zu generieren.</i></p> <p><i>Wie in der Auflistung der Kennzahlen des Bereichs 0/20 angegeben werden wegen der</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p><i>Migration zu Windows 10 alle nicht mehr mit den städtischen Einsatzbedingungen kompatible Arbeitsplatz-Computer in 2019 ausgetauscht. Es sind dann keine PCs mehr im Einsatz, die älter als drei Jahre sind.</i></p>
SPD	171	01-07-01	00-00015	Ausstattung und Geräte	<p>Wie viele Token werden für mobile Arbeitsplätze in 2020 und 2021 beschafft? Wie ist die Entwicklung und die Zufriedenheit der Mitarbeiter*innen mit dieser neuen Arbeitsmöglichkeit? Wie sehen die ersten Umsetzungserfahrungen aus? Wie steht es um die Datensicherheit, wenn zu Hause ein eigenes Gerät genutzt wird?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Im Jahr 2020 ist geplant, weitere 50 Token zu beschaffen und in Betrieb zu nehmen, weil die Nachfrage nach den vorhandenen Token (und Weiteren) groß ist. Die Zufriedenheit unter den Mitarbeitenden ist sehr gut, die Umsetzung aus technischer Sicht problemlos. Vereinzelt Fehlermeldungen lassen sich ohne weiteres und in sehr kurzer Zeit lösen. Die eingesetzte technische Lösung kapselt die Verbindung zum städtischen Netzwerk. Die Datenverarbeitung findet ausschließlich auf städtischen Servern statt. Auf das Endgerät vor Ort werden lediglich Bildschirminhalte, Mauskoordinaten und Tastaturanschläge übertragen, ohne sie dort zu speichern. Es ist insoweit ohne Belang, ob ein dienstliches oder privateigenes Gerät beim mobilen Arbeiten verwendet wird. Auch hinsichtlich des Datenschutzes und der IT-Sicherheit beim mobilen Arbeiten sind durch Dienstvereinbarung Rahmenbedingungen festgelegt.</i></p>
Aufbruch	172	01-07-01		Software und Lizenzen	<p>Was ist das digitale Stadtmodell? Wofür sind die Kosten für das Einwohnermeldeverfahren? Anschaffung Gaja-Matrix in 2020, neue Module für diese Software in 2021?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Das digitale Stadtmodell ist die softwaremässige Grundlage um das analoge Stadtmodell, das im Foyer des Rathauses aufgebaut ist, aktualisieren zu können. Bereits in der Verwaltung vorhandene Daten werden aggregiert und zu einem Modell zusammengeführt das anschließend auf einem 3D-Drucker ausgegeben werden kann. Der Hersteller des Einwohnermeldeverfahrens hat die Software abgekündigt und stellt künftig eine neue Lösung bereit. Die veranschlagten Kosten beruhen auf Preisangaben des</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p><i>civitec, der die Software hosten wird. In 2020 ist die Beschaffung eines Bauhofmanagementsystems („Gaja Matrix“) vorgesehen. Das derzeit verwendete System vermag die aktuellen Anforderungen nicht zufriedenstellend zu erfüllen. Aufgrund des modularen Aufbaus, werden zunächst nur grundlegende Module und im folgenden Jahr weitere Module in Betrieb genommen. Die Verteilung auf zwei Jahre ist der Personalkapazität geschuldet.</i></p>
SPD	178	01-09-01	11/13	Beteiligungsmanagement	<p>Wie will die Verwaltung ihr Beteiligungsmanagement zukünftig ausrichten? Durch die Stadtwerke werden die Aufgaben deutlich vielfältiger und komplexer. Was ist an Sachverstand und Personal dafür vorhanden und welche Ressourcen sind zukünftig einzuplanen? Und in welcher Form soll der Rat eingebunden werden? Ist ein Unterausschuss des Haupt- und Finanzausschusses zu Beteiligungen sinnvoll?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Die Beteiligungsverwaltung hat bisher ihre Beteiligungen im Rahmen der Erstellung des Gesamtabchlusses und der Erstellung des Beteiligungsberichtes in den Blick genommen. Ob dies auch künftig als ausreichend zu bewerten ist, muss insbesondere vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der ehemaligen EVG zu Stadtwerken untersucht werden. Der eingesetzte Energieberater wird hierzu sicherlich wertvolle Hinweise und Erkenntnisse liefern. Im Bereich der Kämmerei sind auf einer Stelle Anteile für die Aufstellung des Gesamtabchlusses und des Beteiligungsberichtes vorhanden. Mit dem 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz ist für die Beteiligungslandschaft der Stadt die Verpflichtung zur Aufstellung des Gesamtabchlusses entfallen. Durch Ratsbeschluss, kann die Verwaltung hiervon befreit werden. Sollte es sich als sinnvoll oder sogar notwendig erweisen, ein Beteiligungscontrolling zu implementieren, könnten bei einem künftigen Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses die freiwerdenden Stellenanteile hierfür genutzt werden. Ob diese dafür ausreichend sind, wird von der Ausgestaltung eines Beteiligungscontrollings abhängen. Bestandteil eines Beteiligungscontrollings ist ein Berichtswesen gegenüber der Verwaltung und dem Rat. Die Notwendigkeit hierfür eigens einen Unterausschuss einzurichten, wird aus heutiger Sicht nicht gesehen. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass ein Beteiligungscontrolling keine Kontrollrechte gegenüber den Gesellschaften ausüben darf. Dies ist Aufgabe der jeweiligen Aufsichtsräte.</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Aufbruch	189	01-09-04		Finanzbuchhaltung	<p>Nutzung der Skontoeinräumung: Inwieweit war das erfolgreich? Vergl. S. 193, Produkt 01-09-05 (Zahlungsabwicklung: op. Ziele, Ausnutzung der Zahlungsziele?)</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Welcher Betrag insgesamt hierdurch erreicht werden konnte, kann leider nicht festgestellt werden, da in der Buchhaltung nur die bereits um das Skonto gekürzten Beträge verbucht werden. Die Skontorechnungen werden vorrangig bearbeitet, so dass die Skontogewährung soweit möglich genutzt wird. Das operative Ziel bei Produkt 01-09-05 Zahlungsabwicklung der Ausnutzung der Zahlungsziele bezieht sich auf die Zahlungsziele unter Berücksichtigung der Skontofristen.</i></p>
Aufbruch	197	01-09-06		Vollstreckung	<p>Ist die Höhe der veranschlagten Niederschlagungen für 2020/2021 realistisch?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Zahl der niedergeschlagenen Forderungen unterliegt starken Schwankungen. Die Höhe der niederzuschlagenden Forderungen kann nicht valide prognostiziert werden kann. Im Mittel ist die Zahl von 1.100.000,- € realistisch. Das Ergebnis von 2018 war überproportional hoch, da in diesem Jahr ein Großteil bereits niedergeschlagener Forderungen zwecks Hemmung der Verjährung zunächst aufgehoben und anschließend erneut niedergeschlagen werden mussten. Darüber hinaus konnte 2018 eine Reihe von Rückständen aufgearbeitet werden.</i></p>
SPD	207	01-10-01	16	Eigenschadensversicherung	<p>Wie viele Eigenschadenversicherungsfälle sind von der Verwaltung in den letzten 5 Jahren gemeldet worden und welche Schadenssummen wurden erstattet? Bitte nach FB aufschlüsseln. Wie ist die Entwicklung vergleichbar in Nachbarkommunen wie Troisdorf und Siegburg?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					entnommen werden.
SPD	210	01-11-01	11	Personalausstattung Rechtsdienst	<p>Wie viele Verfahren werden nach Außen vergeben? Wie viele externe Anwälte*innen müssen inhaltlich begleitet werden? Wie viele eigene Verfahren werden geführt? Ist der Rechtsdienst bei der Auswahl von externen Rechtsanwälten*innen seitens der einzelnen FB eingebunden? Was würde die Aufstockung um eine halbe Stelle kosten und wie wirtschaftlich wäre diese im Anbetracht der Aufgabenfülle? Wie sind die Rechtsdienste in vergleichbaren Kommunen ausgestattet?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Frage: Wie viele Verfahren werden nach Außen vergeben?</i> <i>Antwort: Bei zivilgerichtlichen Auseinandersetzungen ist ab einem Streitwert von 5.000 Euro stets ein Rechtsanwalt erforderlich (sog. Anwaltszwang vor dem Landgericht). Damit unterfallen fast alle gerichtlichen Streitigkeiten des FB 9 die sich inhaltlich mit Werklohnforderungen befassen (Nachträge, Kürzungen, Kündigungen, Mängelansprüche etc.) dem Anwaltszwang. In den letzten Jahren sind das durchschnittlich 2 bis 3 Verfahren pro Jahr. Sofern mit dem Begriff „Verfahren“ nicht nur Streitverfahren, sondern auch die Erstellung juristischer Gutachten gemeint sind, kommen durchschnittlich noch einmal 3 bis 5 Beauftragungen im Jahr dazu.</i> <i>Frage: Wie viele externe Anwälte/-innen müssen inhaltlich begleitet werden?</i> <i>Antwort: Alle</i> <i>Frage: Wie viele eigene Verfahren werden geführt?</i> <i>Antwort: In den letzten 5 Jahren durchschnittlich 30 Verfahren im Jahr.</i> <i>Frage: Ist der Rechtsdienst bei der Auswahl von externen Rechtsanwälten/-innen seitens der einzelnen FB eingebunden?</i> <i>Antwort: In der Regel ja.</i> <i>Frage: Was würde die Aufstockung um eine halbe Stelle kosten und wie wirtschaftlich wäre diese in Anbetracht der Aufgabenfülle?</i> <i>Antwort: Die Kosten für eine halbe Stelle EG 13 (brutto inklusiv Arbeitgeberanteile bei einer Eingruppierung in der Stufe 3 belaufen sich für 2020 auf 38.580 und für 2021 auf 38.970</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p><i>Euro. Mit einer Aufstockung des RD könnte z.B. eine weitergehende Spezialisierung erfolgen (beispielsweise Baurecht/ Vergaberecht), immerhin gibt es mittlerweile 18 Fachanwaltsrichtungen. Allerdings wird die Verwaltung alleine aus den o.g. Gründen des Anwaltszwangs in zivilgerichtlichen Verfahren nicht auf die Hinzuziehung externer Juristen verzichten können.</i></p> <p><i>Frage: Wie sind die Rechtsdienste in vergleichbaren Kommunen ausgestattet?</i></p> <p><i>Antwort: Darüber liegen der Verwaltung keine Erkenntnisse vor.</i></p>
Aufbruch	213	01-12-01		Büroflächen	<p>In welchen städtischen Einrichtungen kann eine Senkung des Stromverbrauchs/der Stromkosten ermöglicht werden durch Einsatz von LED-Leuchtmitteln?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Grundsätzlich können in allen städtischen Gebäuden der Stromverbrauch durch Einsatz von LED-Leuchtmitteln reduziert werden. Aus diesem Grunde werden die Leuchtmittel bereits laufend im Zuge von Reparaturen etc. sukzessive gegen LED-Leuchtmittel ausgetauscht.</p>
FDP	214	01-12-01	13	Büroflächen/ Aufwend. Sach-und Dienstleistung	<p>Auf S. 213 werden die Ist-Kennzahlen für Strom, Gas und Wasser des Jahres 2018 angegeben. Diese steigen in 2019. In 2020/21 nehmen die zu bewirtschaftenden qm zu. Gleichzeitig sollen aber die Gesamtkosten unter denen des Jahres 2019 und die Kosten pro qm erheblich unter den Werten des Jahres 2018 und 2019 liegen. Welche Gründe/Prognosen liegen hierzu vor?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Bei den Kennzahlen für das Jahr 2019 handelt es sich um den Planwert der Haushaltsplanung für die Jahre 2018/2019 aus dem Jahr 2017. Zwischenzeitlich konnten die Werte für Strom, Gas und Wasser aufgrund der Inbetriebnahme des technischen Rathauses und der ersten Verbrauchsabrechnung für dieses konkretisiert und angepasst werden.</i></p>
SPD	214	01-12-01	16	Technopark	<p>Wenn es zu Anmietung des Gebäudes kommt, wird die Stadt in der Lage sein, ihre dort noch befindlichen Büros anders wo unterzubringen? Ab wann wäre dies denkbar und welche Kosten würden dann für den Haushalt eingespart werden können bei frühzeitiger Mietvertragsbeendigung?</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es ist geplant, die Einheiten des FB 5 (FD 5/30 und FD 5/40) in der 3. Etage Ärztehaus unterzubringen und die 5. Etage Techno Park komplett freizuziehen. Nach Rücksprache mit der Immobilienverwaltung des Techno Park können die Räume seitens der Stadt Sankt Augustin (bis zum Mietende 31.08.2023) untervermietet werden. Anfragen von möglichen Untermietern liegen bereits vor.</i></p>
Aufbruch	222	01-12-02	5	Hausverw./ Vermietung	<p>Warum sind Stellplatzmieten im Technopark und im technischen Rathaus unter Erträgen verbucht?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Bei den Stellplatzmieten im Technopark und technischen Rathaus handelt es sich um Erträge.</p>
SPD	222	01-12-02	5	Parkplätze Technisches Rathaus	<p>Wie ist der aktuelle Stand zum Parkraumbewirtschaftungskonzept des Zentrums? Wie gedenkt die Verwaltung zukünftig mit Parkflächen für Mitarbeiter*innen der Verwaltung umzugehen? Wie steht es um die Einführung eines Jobtickets? Sind der Verwaltung die Möglichkeiten der Großkundenabonnements bekannt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Seit Ende August 2019 liegt das neue Parkraumbewirtschaftungskonzept im Entwurf vor. Bisher war nur eine erste Durchsicht durch die Verwaltung möglich, aus der in jedem Fall noch Nachbearbeitungsbedarf resultiert. Sobald das Konzept finalisiert ist, wird es dem Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss zur Kenntnisnahme und Beratung vorgelegt werden.</i> <i>In Bezug auf das Jobticket startet die Verwaltung gerade in Zusammenarbeit mit dem Personalrat erneut ein Projekt zur möglichen Einführung. Als nächster Schritt ist eine Präsentation und Besprechung mit Vertretern des VRS im Rathaus geplant.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Die Grünen	226	01-12-02	SAN09-0037	Altbau ehemalige GS Freie Buschstraße	<p>Was genau ist im Zuge der Maßnahme geplant? Wie ist insgesamt der Sachstand zur Entwicklung des Areals mit Wohnbebauung, KiTa-Nutzung und Herstellung eines Bürgerhauses o.ä.? (s. a. Produkt 04-07-01)</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Mit der Weiterentwicklung des Areals wird begonnen, wenn die Fertigstellung des Kitaneubaus am Niederpleiser Kreisel absehbar ist (siehe Sachstandsbericht über die Bauprojekte von Kindertageseinrichtungen, DS-Nr. 19/0337).</i></p> <p><i>Da derzeit nicht abzusehen ist, inwieweit die Rückstellungsmaßnahmen (vornehmlich Brandschutzmaßnahmen) aus SAN09-0037 umgesetzt werden, wurden die bisherigen Ansätze auf die Jahre 2021 – 2023 verschoben, um zu gegebener Zeit handlungsfähig zu sein.</i> <i>Zum Sachstand der Bebauung kann derzeit keine Aussage getroffen werden.</i></p>
Die Grünen	240	01-13-01	06-00002	Grunderwerb / Haltepunkt Buisdorf	<p>Von welchem Betrag für welche Fläche geht die Verwaltung für einen Erwerb für den Haltepunkt Buisdorf aus? Wo genau soll der Erwerb stattfinden? Ist der Erwerb zum aktuellen Zeitpunkt trotz großer Unsicherheit über Realisierung, Realisierungszeitraum und Standort eines Haltepunktes Buisdorf gerechtfertigt? (Antwort kann auch nicht öffentlich erfolgen)</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es handelt sich um den üblichen Ansatz für dieses Produkt. Der Ansatz resultiert aus mehreren Einzelmaßnahmen, wobei auch unter anderen der Grunderwerb Haltestelle Buisdorf fällt.</i> <i>Darüber hinaus hat die Verwaltung die Absicht, eine Flächenbevorratung für einen eventuellen Haltepunkt im Bereich des Bebauungsplanes 709/2 – Im Mittelfeld zu betreiben, sofern dort mit Unterstützung der WfG in den kommenden beiden Jahren eine Entwicklung vorangetrieben werden kann.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Die Grünen	240	01-13-03	06-00002	Grunderwerb / Flächen aufgrund von Bestimmungen des Bodenschutzgesetzes	<p>Welche Bestimmungen des Bodenschutzgesetzes werden durch den Grunderwerb erfüllt? Um welche Flächen handelt es sich?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Um die erneute Offenlage des Bebauungsplanes 408/1 N rechtssicher durchführen zu können, mussten zusätzliche Forderungen des Amtes für Umwelt und Naturschutz des Rhein-Sieg-Kreises im Hinblick auf die Inanspruchnahme unbebauter Flächen erfüllt werden. So wurden sehr umfangreiche Ausgleichsflächen in der Grube Deutag für den Ausgleich im Sinne des Bodenschutzgesetzes in Anspruch genommen. Die Zielsetzung weiterer Ankäufe ist die Arrondierung der Ausgleichsflächen in der Grube, sowohl in bodenschutzrechtlicher, als auch in ökologischer Hinsicht.</i></p>
SPD	240	01-13-02	06-00004	Grundstückspreiserlöse	<p>Hat die Verwaltung schon Gespräche mit der Hochschule Bonn Rhein Sieg geführt, um eine Möglichkeit der gemeinsamen Vermarktung der Grundstücke im Gewerbegebiet Am Butterberg anzudenken? Teilt die Verwaltung die Auffassungen, dass durch eine Zusammenarbeit die Chance der Ansiedlung von hochwertigen Unternehmen und die Affinität zur Hochschule sich verbessert? Weshalb liegt das Gelände seit Jahren brach?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Grundsätzlich werden gewerbliche Bauflächen im Eigentum der Stadt durch die hiesige Wirtschaftsförderungsgesellschaft Sankt Augustin mbH (WFG) vermarktet. Die WFG steht hinsichtlich einer Vermarktung der Flächen des Wirtschaftspark 112 „ Am Butterberg“ in einem ständigen Dialog mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Die Zusammenarbeit bei der Vermarktung von Flächen im Bereich des Butterberges ist daher gewährleistet. Wir teilen die Ansicht, dass sich dadurch die Chance der Ansiedlung von hochwertigen Unternehmen und die Affinität zur Hochschule verbessert. Voraussetzung für die Vermarktung der Flächen im Bereich des Butterberges sind die aus dem B-Plan hervorgehenden Rahmenbedingungen. Hiermit ist die Stadtplanung derzeit befasst und hat ein externes Planungsbüro beauftragt. Zudem ist die WFG in konkrete Grundstücksverhandlungen mit dem Landschaftsverband Rheinland bzgl. des Neubaus der Frida-Kahlo-Schule eingetreten. Es ist davon auszugehen, dass die übrigen Bauflächen somit in Abhängigkeit vom Planrecht</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>in den nächsten Jahren vermarktet werden.</i>
SPD	248	01-13-03	5	Priv. Leistungsentgelte	<p>Wie kommt es zu dem großen Unterschied zwischen dem Ergebnis 2018 und den Ansätzen der Folgejahre? Wieviel Pacht wird für die Parkplätze neben dem Kreisel Pleistalstraße durch den ansässigen Bäcker gezahlt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Der Pachtvertrag für die Grundstücke MI1 und MI2 wurden vom Pächter gekündigt. Für das Grundstück am Kreisel in Niederpleis besteht ein befristeter Mietvertrag über 5 Jahre. Über die Höhe kann nur im nicht öffentlichen Teil der Sitzung Auskunft gegeben werden.</i></p>
Die Grünen	249	01-13-03	05	Pachtverträge	<p>Besteht eine Übersicht über die gültigen Verpachtungsverträge der Stadt? Wurden die Pachtzinsen umfassend angepasst? Lassen sich hier ggf. höhere Einnahmen realisieren?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es besteht eine Übersicht über die bestehenden Pachtflächen in analoger Form sowie in Form einer Excel-Tabelle mit entsprechenden Lageplänen, in denen die Grundstücke farblich gekennzeichnet sind. Die Pachtzinsen werden regelmäßig im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen angepasst. Bei einigen Verträgen ist eine Anpassung der Pachtzinsen an den Lebenshaltungskostenindex gekoppelt. Hier erfolgt eine jährliche Überprüfung. Bei den Pacht- oder Nutzungsverträgen über kleinere Flächen erfolgen die Anpassungen ebenfalls regelmäßig, zuletzt zum 1.1.2014 und 1.1.2017.</i></p>
FDP	261	01-15-01		Beschaffung KFZ	<p>Insgesamt sind die Investitionen für die KFZ sehr hoch. Bitte prüfen ob Leasing der KFZ eine wirtschaftlichere Lösung darstellt und ob es rechtliche Bedenken dazu gibt</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Leasing ist nicht grundsätzlich wirtschaftlicher. Es sind eine Vielzahl von Aspekten (insbesondere Vergabe-/Steuer-Vertrags-/Haushaltsrecht) zu berücksichtigen. Im Bereich der</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>Nutzfahrzeuge, mit zum Teil individuellen Anforderungen an die Fahrzeuge, sind keine adäquaten Angebote vorhanden. Allenfalls im Bereich von PKW kann unter Abwägung der genannten Punkte Leasing eine Alternative darstellen. Diese Einschätzung deckt sich auch mit den Erfahrungen der Nachbarkommunen im Bereich Beschaffung.</i>
FDP	261	01-15-01	07/00399	Fiat Ducato Wohnmobil	<p>Wozu wird ein Wohnmobil benötigt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es handelt sich um eine Ersatzbeschaffung für ein Altfahrzeug nach Ablauf dessen Nutzungsdauer im Bereich „Streetwork“.</i></p>
SPD	261	01-15-01	07-00375	Ladestation E-Fahrzeuge	<p>Hat die Verwaltung diesbezüglich mit den Stadtwerken Gespräche geführt? Ist seitens der Stadtwerke ein Contractingmodell für die Umsetzung angeboten worden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Hierzu sind Gespräche geführt worden. Bereits bei den Ladepunkten im Technischen Rathaus ist ein entsprechendes Angebot über die Stadtwerke erfolgt. Bei den weiteren Ladepunkten wird weiterhin mit den Stadtwerken kooperiert.</i></p>
SPD	261	01-15-01	07-00213ff	Ersatzbeschaffungen	<p>Wie sieht die Verwaltung generell die weitere Entwicklung bei Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen für den Bauhof im Hinblick auf die Umstellung des Fuhrparks auf E-Modelle?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Bei der Ersatz- bzw. Neubeschaffung von Fahrzeugen wird grundsätzlich geprüft, inwieweit E-Fahrzeuge in Frage kommen. Dabei gelten die Kriterien:</i> <i>a) ist für das zu beschaffende Neu- oder Ersatzfahrzeug eine Alternative am Markt vorhanden?</i> <i>b) wenn ja: Ist es für den Einsatzzweck geeignet, z. B. im Hinblick auf die Reichweite und/oder den Einsatzzweck?</i> <i>Der Fuhrpark beinhaltet einen hohen Anteil an Nutzfahrzeugen, für die keine oder nur eingeschränkt E-Fahrzeuge angeboten werden. Wie die Entwicklung am Markt voranschreitet, kann derzeit niemand seriös vorhersagen.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	286	02-02-03	7	Ruhender Verkehr	<p>Wie kommt es, dass trotz der Erhöhung der Personalstellen, die Höhe der verhängten Verwargelder konstant bleibt? Dabei haben sich die Probleme im ruhenden Verkehr nicht spürbar verändert. Wie gedenkt die Verwaltung zukünftig zu handeln und sind die Einstellungs Voraussetzungen richtig gewählt, wenn die Stellen nicht ausreichend besetzt wären?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Verwargelder im ruhenden Verkehr sind in den letzten Jahren stetig angestiegen (siehe Anlage 1). Wegen Schwangerschaft war eine Stelle (0,5) vorübergehend temporär nicht besetzt. Aus Gründen der Sicherheit der Mitarbeiter/innen erfolgen Kontrollen soweit möglich nur noch in Zweier-Teams (siehe DS.-Nr. 18/0365).</i></p>
Die Grünen	296	02-04-01	16	Entschädigung Wahlhelfer	<p>Bezugnehmend auf die Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss: Sieht die Verwaltung die Möglichkeit, die Erfrischungsgelder für ehrenamtliche Wahlhelfer zu erhöhen, um den Einsatz regulären Personals mit den entsprechenden Überstunden zu reduzieren? Wie könnte dies sinnvoll aussehen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Eine Erhöhung des durch die Wahlkostenerstattung refinanzierten Erfrischungsgeldes um weitere 10,00 €/Person auf 35,00 € wäre nur bei den Wahlvorstehern möglich. Gerade dieser Personenkreis sollte auch aufgrund der Verfügbarkeit am Tag nach der Wahl aus dem Kreis der Beschäftigten benannt werden, um ggfls. vorhandene Unstimmigkeiten zeitnah zu klären. Alle darüber hinaus gehenden Leistungen an die übrigen Wahlvorstandsmitglieder wären auf freiwilliger Basis zu zahlen.</i></p>
FDP	306	02-05-01		Kanalzustands- erfassung Feuerwehrhaus Meindorf	<p>Ist das noch nötig, obwohl das Feuerwehrhaus neu gebaut werden soll?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Das alte Feuerwehrhaus Meindorf an der Liebfrauenstraße soll durch den geplanten Neubau Am Hohen Ufer ersetzt werden. D.h. an der Liebfrauenstraße wird die Feuerwehr in Zukunft nicht mehr platziert sein. Das Gebäude liegt in der Wasserschutzzone und ist bis Ende 2020 zu überprüfen.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>Unter diesem Umstand kann auf die TV-Inspektion nicht verzichtet werden.</i>
Die Grünen	306	02-05-01	13	Erneuerung Flachdachfläche Feuerwehrhaus Menden	<p>Was genau ist Gegenstand der Maßnahme? Wodurch ist die Notwendigkeit entstanden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Seit November 2018 wurden 10 Wassereintritte durch das Flachdach gemeldet und behoben. Hierbei sind rd. 13.500 € in die punktuelle Reparatur des Flachdachs geflossen. Da regelmäßig neue Wassereintritte zu verzeichnen sind, kann eine dauerhafte und schlussendlich kostengünstige Behebung des Schadens nur durch den Rück- und Wiederaufbau der Dachkonstruktion erfolgen.</i></p>
Die Grünen	306	02-05-01	13	Kanalzustands-erfassung Feuerwehrhaus Meindorf	<p>Warum ist es angesichts der Planung zum Neubau eines Feuerwehrhauses Meindorf (01-00047) sinnvoll, die Maßnahme noch durchzuführen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Das alte Feuerwehrhaus Meindorf an der Liebfrauenstraße soll durch den geplanten Neubau Am Hohen Ufer ersetzt werden. D.h. an der Liebfrauenstraße wird die Feuerwehr in Zukunft nicht mehr platziert sein. Das Gebäude liegt in der Wasserschutzzone und ist bis Ende 2020 zu überprüfen.</i> <i>Unter diesem Umstand kann auf die TV-Inspektion nicht verzichtet werden.</i></p>
Die Grünen	310	01-F05	26	Festwert Beladung Feuerwehr	<p>Nur für die Beladung der Fahrzeuge sind in dem Zeitraum 2020-24 über 500.000,- EUR veranschlagt. Werden die bisherigen Fahrzeuge immer mit voller Beladung verkauft? Warum können hier langlebige Geräte nicht auf neue Fahrzeuge übernommen werden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Da hier eine Planungsvorgabe erforderlich ist, ist in der Regel von einem festen Betrag an Beladung für ein Feuerwehrfahrzeug auszugehen.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>Bei der Ausschreibung von 4 Fahrzeugen der Feuerwehr, deren Auslieferung in 2020 ansteht, konnte bereits eine Einsparung in Höhe von 136.000 Euro erzielt werden, da hier bereits vorhandene Geräte verbaut werden können. (dies ist aber generell nicht vorhersehbar). Diese Vorgehensweise wird auch bei künftigen Fahrzeugen Anwendung finden.</i>
SPD	310	02-05-01	9-301	Sanierung Feuerwehrgereätehaus Hangelar	Um welche Arbeiten handelt es sich konkret? Das Gerätehaus wurde vor ca. 3 Jahren erst renoviert und ertüchtigt. Der Ansatz von 11.970 EUR erklärt sich auch nicht aus der Kanalzustandserfassung an anderer Stelle, da diese mit 15.000 EUR beziffert ist. <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Bei dem Ansatz i.H.v. 11.970 EUR handelt es sich um Mittel aus der Rückstellung SAN09-0006, die für den Austausch der Heizung verwendet werden.</i>
Die Grünen	311	02-05-01	01-00047	Neubau Feuerwehrhaus Meindorf	Gibt es seitens der Verwaltung bereits Vorstellungen zur Verwertung / Nachnutzung des alten Feuerwehrhauses und wenn ja, welche? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Eine Nachnutzung des Grundstückes muss sich gem. § 34 BauGB in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Nachnutzungskonzepte sind entsprechend zu prüfen.</i>
Die Grünen	329	03-02-01		OGS GS Meindorf	Wie ist der Sachstand des Gutachtens zur Ermittlung des Raumbedarfs für den OGS-Ausbau Meindorf und zum Vorhaben generell? Warum gibt es dazu im Haushaltsplan und in der mittelfristigen Finanzplanung keine Ansätze? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>-Wird nachgereicht-</i>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Die Grünen	329	03-02-01		GS Buisdorf	<p>Wie ist der Sachstand des Gutachtens zur Ermittlung des Raumbedarfs für den OGS-Ausbau bzw. das Schulgebäude Buisdorf und zum Standort generell? Warum gibt es dazu im Haushaltsplan und in der mittelfristigen Finanzplanung keine Ansätze?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
Die Grünen	330	03-02-01	07	Sonstige ordentliche Erträge	<p>Die Veranschlagung der Schadensersatzleistungen ist für 2020 um über 50% vermindert, dies setzt sich in den Folgejahren fort. Welche Umstände führen zu dieser Verminderung?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Der Ansatz wurde aufgrund der Vorjahresergebnisse reduziert.</i></p>
Aufbruch	331	03-02-01	2	Teilergebnishaushalt Grundschulen	<p>Erläuterung Erträge (entspr. auch zu Seiten 341/357/375)</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Erträge setzen sich aus den Landeszuweisungen für die Ganztagsbetreuung an Schulen in Höhe von 1.934.790 €, Erträgen aus der angesparten Schulpauschale in Höhe von 25.000 € und Erträgen aus Sonderposten zusammen. Die Erträge aus Sonderposten entstehen aus Zuweisungen/ Zuschüssen von Bund/ Land für Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen (z. B. Digitalpakt). Die Erträge aus Sonderposten belaufen sich demnach auf 490.590 €.</i></p>
Die Grünen	336	03-02-01	05-00115	Erweiterung Mensa GS Pleiser Wald	<p>Welche Rahmendaten zu Baubeginn und Fertigstellung liegen den Ansätzen zugrunde? Wie ist der aktuelle Sachstand, insbesondere im Hinblick auf die Beratungsergebnisse im Schulausschuss am 09.04.2019?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	336	03-02-01	05-F01	Schulmobiliar Grundschulen	<p>Erneut wie vor einigen Jahren sind die vom Rat zur Verfügung gestellten Mittel für die Erneuerung von Schulmobiliar nicht ausgeschöpft worden. Dabei können wir nicht feststellen, dass die Bedarfe in den Schulen nicht vorhanden sind. Es sind zum Teil dringende Ersatzbeschaffungen überfällig. Wie ist die zu erklären? Sollte es an mangelnden Personalressourcen liegen dürfen wir an die Zusage des Bürgermeisters in der Angelegenheit erinnern, dass dies so nicht mehr vorkommen wird, nachdem es bereits einmal in drei aufeinanderfolgenden Jahren Thema der Haushaltsberatungen war.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>In 2018 wurden für mehrere Grundschulen Tisch-Sitz-Kombinationen bestellt. Es wurde davon ausgegangen, dass diese zum Festwert Schulmobiliar gehören. Bei der Ausschreibung wurde deshalb von einem höheren Mittelverbrauch ausgegangen. Bei dieser Art von Mobiliar handelt es sich aber um „Ausstattung und Geräte“ (Inv.Nr. 05-00101). Eine zweite Ausschreibung für das Schulmobiliar konnte im HH-Jahr 2018 nicht mehr zeitgerecht durchgeführt werden.</i></p>
SPD	345	03-03-01	05-F02	Schulmobiliar Hauptschule	<p>Wie ist das Ergebnis 2018?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Mittel für Ersatz/Ergänzung Festwert Schulmobiliar wurden nicht verausgabt, da die Hauptschule keine Bedarfe an Schulmobiliar meldete. Im Gegenzug wurde der Festwert IT höher als geplant beansprucht, so dass der Festwert Schulmobiliar zur Deckung diente.</i></p>
SPD	353	03-04-01	05-F03	Schulmobiliar Realschule	<p>Wie ist das Ergebnis 2018?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Für das Schulmobiliar wurden seitens der Realschule keine Bedarfe gemeldet. Die Mittel für Ersatz/Ergänzung Festwert Schulmobiliar wurden aufgrund dessen nicht ausgeschöpft.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	356	03-05-01	11	Schulsekretäre*innen	<p>Wie steht es um die Neubewertung der Schulsekretäre*innen an allen Schulformen? Was muss getan werden, damit die Mitarbeiter*innen für ihre Leistungen, die weit über denen liegen als sie in ihren Stellenbeschreibungen aufgeführt werden, angemessen entlohnt werden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Zurzeit läuft noch die Bemessung der Stellen der Schulsekretariate nach Empfehlung der Gemeindeprüfanstalt nach der Bedarfsberechnung der KGSt. Erst wenn diese abgeschlossen ist können weitere Maßnahmen geplant werden.</i></p>
Die Grünen	358	03-05-01	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	<p>In den Erläuterungen auf Seite 358 ist ersichtlich, dass für das AEG eine Erbpacht von 90.000-€ veranschlagt wird. Für die anderen Schulen auf dem Campus (Real- und Hauptschule) ist keine Veranschlagung ersichtlich. Warum muss nur für das AEG eine Erbpacht gezahlt werden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Für die Gemeinschaftshauptschule wurde unter dem Produkt 03-03-01 in der Zeile 16 ebenfalls Erbpacht für die Jahre 2020 und 2021 in Höhe von 45.000 € und 50.000 € veranschlagt (s. Seite 342). Zur Zeit erfolgt eine Klärung der Aufteilung der Erbpacht.</i></p>
SPD	362	03-05-01	05-F04	Schulmobiliar Gymnasien	<p>Erneut wie vor einigen Jahren sind die vom Rat zur Verfügung gestellten Mittel für die Erneuerung von Schulmobiliar nicht ausgeschöpft worden. Dabei können wir nicht feststellen, dass die Bedarfe in den Schulen nicht vorhanden sind. Es sind zum Teil dringende Ersatzbeschaffungen überfällig. Wie ist die zu erklären? Sollte es an mangelnden Personalressourcen liegen dürfen wir an die Zusage des Bürgermeisters in der Angelegenheit erinnern, dass dies so nicht mehr vorkommen wird, nachdem es bereits einmal in drei aufeinanderfolgenden Jahren Thema der Haushaltsberatungen war.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Für das Schulmobiliar wurden seitens der Gymnasien keine Bedarfe im entsprechenden Umfang gemeldet. Die Mittel für Ersatz/Ergänzung Festwert Schulmobiliar wurden aufgrund dessen nicht vollständig ausgeschöpft.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
FDP	365	03-06-01		Förderschule	<p>Produktinformation Warum so geänderte Schülerzahlen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die tatsächliche Anzahl der Schülerinnen und Schüler betrug im Jahr 2019 185. Die ersichtlichen 147 Schülerinnen und Schüler beziehen sich auf die Prognose auf dem Schulentwicklungsplan.</i></p>
FDP	373	03-07-01		Produktinformation	<p>Warum wurden die Richtwerte zum Investitionsbedarf pro Schüler noch nicht festgelegt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Zu der Fragestellung kann zum jetzigen Zeitpunkt keine valide Auskunft erteilt werden. Die Beantwortung der Frage wird nachgereicht.</p>
Die Grünen	374	03-07-01	13	Aufwendung für Sach- und Dienstleistungen	<p>Hier sind für 2020 insgesamt 100.000,- € für die Instandsetzung / Modernisierungen von Schultoiletten enthalten. Wird die Sanierung aller Schultoiletten damit abgeschlossen? Mit welchen Kosten wird in den Folgejahren gerechnet?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die insgesamt für die Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Schultoiletten beschlossenen 300.000 € wurden ohne Kostenermittlung seitens des Gebäudemanagements festgelegt. Die Kostenschätzung der einzelnen Toilettenanlagen erfolgt anhand der zwischen dem FB 5 und dem FB 9 angestimmten Prioritätenliste. Die Gelder werden so eingesetzt, dass der größtmögliche Erfolg erzielt werden kann. Bezüglich der Frage, ob die Gesamtsumme für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen aller festgestellten Mängel in den Schultoiletten ausreichen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt und für die Folgejahre keine valide Auskunft erteilt werden. Eine Auskunft über Sanierungsmaßnahmen an Schultoiletten ist ohne eine valide Kostenschätzung zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls nicht möglich.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
FDP	381	03-08-01		Fördermaßnahmen für Schüler	Auch hier steigende Prognosen, wenn die vom Land geförderten Sprachkurse entfallen, wie wird das kompensiert? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>-Wird nachgereicht-</i>
Aufbruch	386	03-09-01	13	Teilergebnishaushalt Gesamtschule	Erklärung für die erhöhten Beträge in 2021/2022 <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die unterschiedlichen Beträge ergeben sich aus den jeweiligen Bauabschnitten. Die Mittel wurden entsprechend den prognostizierten Planungs- und Baufortschritten angemeldet.</i>
FDP	387	03-09-01	13	Gesamtschule	Bitte Einzelmaßnahmen erläutern. <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es handelt sich hierbei um Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gebäudeinstandhaltung.</i>
SPD	391	03-09-01	05-F13	Schulmobiliar Gesamtschule	Wie ist das Ergebnis 2018? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Mittel für Ersatz/Ergänzung Festwert Schulmobiliar wurden in 2018 nicht in geplanter Höhe abgerufen, da die Gesamtschule diese für die Ausstattung der Aula einsetzen wollte. Da die Schule den Bedarf erst Ende November mitteilte, war die Ausschreibung im Jahr 2018 nicht mehr möglich.</i>
Aufbruch	398	04-01-01	16	kulturelle Veranstaltungen	Woher kommt die Reduzierung Mitgliedsbeiträge? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es wurde zum 30.06.2019 fristgerecht die Mitgliedschaft im Kultursekretariat Gütersloh gekündigt (mit Wirkung zum Jahresende 2020). Die Förderungen des Kultursekretariates, die in den letzten Jahren auch immer wieder in Anspruch genommen wurden, beziehen sich</i>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>zunehmend auf sehr anspruchsvolle und „schwere“ Produktionen. Zudem ist auch der Erfolg unseres Kulturprogrammes ein gewisses Hemmnis, da gelegentlich das notwendige Minus nicht erreicht wurde. Insgesamt lässt sich mit der Kündigung damit eine (wenn auch kleine) Einsparung erzielen, ohne dass die Qualität des Programmes leidet.</i>
Aufbruch	435	04-07-01		Bürgerhäuser	<p>Warum ist Haus Menden nicht erfasst? Warum ist Haus Lauterbach noch im HH, wenn es nicht mehr zum städt. Eigentum gehört?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Das Haus Menden ist erfasst (siehe Kurzbeschreibung), taucht allerdings bei den Kennzahlen nicht auf (wohl weil es nicht von Privatpersonen gemietet werden kann). Es sollte allerdings zukünftig auch bei den Kennzahlen Berücksichtigung finden. Für das Haus Lauterbach wird gemäß Vertrag noch bis 2022 ein Betriebskostenzuschuss bezahlt (deshalb ist dort auch u.a. die VHS beheimatet), daher ist es noch im Haushalt.</i></p>
SPD	437	04-07-01	14	Haus der Nachbarschaft Hangelar	<p>Wie bewertet die Verwaltung die Investitionsnotwendigkeiten in das Gebäude in den kommenden Jahren? Hat sich die Verwaltung schon Gedanken gemacht, wie man zukünftig diese Veranstaltungsstätte mit ihren Nutzungen erhalten kann, bzw. durch Investitionsprojekte neu integriert und das Zentrum von Hangelar damit langfristig aufwertet?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Das Haus der Nachbarschaft hat, sowohl durch die Nutzung von Vereinen und der VHS, als auch durch Bürgerinnen und Bürger an den Wochenenden, eine hohe Nutzungsfrequenz. Dies liegt auch daran, dass ein zuverlässiger und engagierter Pächter für das Haus gefunden werden konnte, was heutzutage immer schwieriger wird. Insofern ist der Verwaltung nicht klar, inwiefern die Veranstaltungsstätte, „neu zu integrieren“ wäre. Ziel der Verwaltung ist es, trotz schwieriger Haushaltslage das Haus möglichst zu erhalten.</i></p> <p><i>Die Beantwortung bezüglich der Investitionsnotwendigkeiten wird nachgereicht.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	437	04-07-01	SAN 09-0049	Bürgerhaus Hangelar	<p>Um welche Arbeiten handelt es sich konkret in 2021?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es handelt sich im Rahmen der Umsetzung der Rückstellungsmaßnahmen um die Erneuerung der Heizungs- und Lüftungsanlage.</i></p>
SPD	444	5	15	Transferleistungen	<p>Welche Möglichkeiten hat die Verwaltung die Bezieher von Transferleistungen auf Bedürftigkeit, Eigentum und erwirtschaftete Gewinne zu überprüfen? Werden der Verwaltung vorliegende Daten verglichen, wie z.B. die des Straßenverkehrsamtes, des Grundbuchamtes oder der Gewerbeaufsicht? Wie sieht es mit Daten aus Drittländern aus?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Automatisierte Datenabgleich erfolgen im Bereich des Wohngeldgesetzes. Abgeglichen wird,</i> <ul style="list-style-type: none"> - <i>ob neben Wohngeld Transferleistungen nach dem SGB II bezogen werden,</i> - <i>ob eine Freistellung von Kapitalerträgen erfolgt,</i> - <i>ob und von welchem Zeitpunkt an die Bundesagentur für Arbeit Leistungen von Arbeitslosengeld eingestellt hat</i> - <i>ob und für welche Zeiträume und bei welchem Arbeitgeber eine Versicherungspflicht i.S. des § 2 Abs. 1 SGB IV oder eine geringfügige Beschäftigung besteht.</i> <p><i>Im Bereich der Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG existieren keine automatisierten Datenabgleiche. Kurzfristig sollen seitens des Landrates Auskunftsrechte auf die KFZ-Halterdatenbank des Rhein-Sieg-Kreises eingeräumt werden.</i></p> <p><i>Bei Leistungsaufnahme an Personen mit ausländischer Nationalität erfolgt regelmäßig eine entsprechende Information der Ausländerbehörde.</i></p> <p><i>Bei begründetem Verdacht auf einen eventuellen Leistungsbetrug erfolgen im Rahmen der Regelungen des SGB I und X sowie dem Strafgesetzbuch entsprechende Ermittlungen von Amtswegen.</i></p> <p><i>Ein Abgleich mit Daten aus Drittländern findet automatisiert nicht statt.</i></p> </p>
Aufbruch	459	05-01-04		Leistungen AsylbLG	<p>Wann kann mit einer anderen Verwendung der Unterbringung am Hangweg oder deren Rückbau gerechnet werden? Wie viel kostet diese Unterkunft im Monat? Wie soll zukünftig</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p>mit der großen Anlage im Gewerbegebiet Menden-Süd verfahren werden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Wie bereits in verschiedenen politischen Gremien berichtet, bemüht die Verwaltung sich um eine anderweitige Nutzung des Gebäudes.</i></p> <p><i>Die Sammelunterkunft in Sankt Augustin-Menden wird aktuell und auch zukünftig von der Stabsstelle WuA für die Unterbringung genutzt. Das Grundstück wurde von einem Landwirt gepachtet. Gem. aktueller Beschlusslage soll die Einrichtung nach 10 Jahren Nutzungsdauer niedergelegt werden</i></p>
Aufbruch	463	05-02-01		Unterbringung u. Betreuung v. Obdachlosen	<p>Was hat es mit den Räumungsklagen auf sich? Wer ist davon betroffen? Bereits Obdachlose oder Personen mit drohender Obdachlosigkeit?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Wie in der Produktbeschreibung erläutert handelt es sich um Personen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind und zur Zeit noch in eigenständig angemieteten Wohnungen leben.</i></p>
Die Grünen	465	05-02-01	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	<p>Beispielhafte Nennung: Bei allen städtischen Gebäuden ist die Kanalzustandserfassung veranschlagt. Welche Kosten fallen in 2020 für alle Gebäude insgesamt an? Bei welchen Gebäuden ist diese Erfassung gesetzlich vorgeschrieben? Warum erfolgt diese Leistung nicht durch die Stadt selbst (Wirtschaftlichkeit?)?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Alle angemeldeten Kanalzustandserfassungen für 2020 erfolgen im Wasserschutzgebiet. Späteste Prüffrist der Grundstücksentwässerungsanlagen im Wasserschutzgebiet u. A. nach Selbstüberwachungsverordnung Abwasser bis 31.12.2020! Für alle Kanalzustandserfassungen im Jahre 2020 fallen insgesamt 600.000 € an. Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt diese Leistung nicht von der Stadt selbst. Der zeitlich begrenzte Einsatz eines geschulten Personals für das Jahr 2020 sowie über 1.000.000 €</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>Investitionskosten in technische Ausrüstungen (Fahrzeuge mit Kamera und Spülgeräten) machen es unwirtschaftlich. Die nächsten Wiederholungsprüfungen fallen erst 30 Jahre später an (2050).</i>
SPD	465	05-02-01	6	Obdachlosenunterkünfte	<p>Wie hoch war die Versicherungsleistung nach dem Brand der Unterkünfte am Bauhof? Wie soll weiter verfahren werden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	471	05-02-02	Gesamt	Aussiedler*innen	<p>Soweit uns bekannt sind die Fallzahlen sehr stark zurückgegangen. Wenn diese wie von uns vermutet bei Null liegen, weshalb gibt es noch dieses Produkt? Die letzte Unterkunft in der Wehrfeldstraße ist doch nicht mehr für Aussiedler*innen in der Nutzung.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Fallzahlen der Aussiedler sind schwankend. Die Stadt Sankt Augustin erhält jährlich Zuweisungen von Spätaussiedlern. Mittlerweile müssen nur wenige in städtischen Unterkünften untergebracht werden. Zum 31.12.2018 waren aus diesem Personenkreis 9 Personen in städtischen Unterkünften untergebracht. Aktuell sind es 8 Personen. Seitens der Verwaltung erfolgt soweit möglich eine herkunftsunabhängige Unterbringung. Die Gebäude in der Wehrfeldstraße werden auch aktuell noch für die Unterbringung von Personen genutzt.</i></p>
SPD	477	05-02-03	KZN	Unterbringung Asylbewerber	<p>Wie sieht der Plan der Verwaltung aus, wenn die Flüchtlingszahlen wieder ansteigen sollten? Welche Anzahl an Plätzen bleibt erhalten nach den geplanten Umwandlungen und Niederlegung von Unterkünften?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Unter Berücksichtigung der geplanten Umwandlungen / Niederlegungen von Unterkunftsgebäuden stehen der Stadt Sankt Augustin entsprechend der Unterbringungskonzeption und der politischen Beschlüsse rd. 440 Plätze zur Verfügung. Dies entspricht einer Belegung der Unterkünfte zu max. 80 %. Hinzu kommen im Ausnahmefall noch 150 weitere Plätze in Niederpreis (gem. Ratsbeschluss zur Auslastung der Unterkunft „Schützenweg“), sowie 110 Plätze bei einer 100 % Auslastung der Unterkünfte. Auch bei</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>einem Anstieg an Flüchtlingszuweisungen stehen der Verwaltung ausreichend Kapazitäten zu Verfügung.</i>
Die Grünen	478	05-02-03	13/16//28	Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern	<p>Welche Kosten fallen für Aufwendungen, sonstige Aufwendungen und Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen in 2020 explizit für die Unterkunft in Birlinghoven / Hangweg an?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	478	05-02-03	6	Flüchtlingsunterkunft Niederpleis	<p>Wie hoch sind die Versicherungsleistungen nach den Schäden an den Unterkünften in Niederpleis? Wie ist der aktuelle Stand der Nutzungsmöglichkeiten? Was gedenkt die Verwaltung zu tun um wieder einen ordnungsgemäßen Zustand zu erreichen? Können der Baufirma Mängel nachgewiesen werden? Sind nach den frühzeitigen Zahlungen damals und heute nach Rückforderungen durchsetzbar? Gab es eine Meldung bei der Eigenschadensversicherung? Welcher Gesamtschaden ist der Stadt aus heutiger Sicht entstanden? Wieviel sind die gebauten Unterkünfte heute noch Wert?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	490	05-03-01	11	Ehrenamtsförderung	<p>Bei der Veranstaltung zum Dank an die Ehrenamtler lobte der Bürgermeister die zuständige Mitarbeiterin, dass diese trotz Befristung ihrer Stelle immer noch die hervorragende Leistung zur Unterstützung der Ehrenamtler leisten würde und alle unbefristeten Angebote bisher ablehnen würde, um diese Aufgabe weiterzuführen. Die Konsequenz aus diesem Lob wäre die Entfristung dieser Stelle. Dies ist aber im Stellenplan und Haushalt nicht vorgesehen. Es wäre aber die gegebene Konsequenz. Teilt die Verwaltung diese Auffassung?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Stelle in der Stabsstelle WuA im Rahmen der Flüchtlingsproblematik als „Kw“-Stelle eingerichtet und später dann in den Bereich „IuS“ geschoben. Sie wurde im neuen Stellenplan nicht mehr berücksichtigt, da die Finanzierung noch nicht gesichert bzw.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>abschließend geklärt ist. Sollte es hier zu einem späteren Zeitpunkt Klarheit geben, muss die Stelle neu eingerichtet werden.</i>
SPD	496	05-03-02	13	Aktionsplan Inklusion	<p>Reichen die personellen und finanziellen Ressourcen zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Inklusionsplan?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Anhand des aktuellen Sachstandsberichts 2019 für den Aktionsplan Inklusion ist diesbezüglich keine einheitliche Aussage zu treffen. In vielen Handlungsfeldern sind gute Fortschritte im Bereich der Inklusion zu verzeichnen. Besonders bei den langfristig ausgelegten Maßnahmen, wie z. B. städtebaulichen Maßnahmen oder Mobilitätskonzepten, sind in ihren weiteren Entwicklungen zu beobachten, ob die bestehenden Ressourcen ausreichend sind. In einigen Bereichen macht sich zudem der bestehende Fachkräftemangel bemerkbar. Schlüsselstellen konnten jedoch in 2018 neu besetzt werden: „Kümmerer“ für das Monitoring Inklusion, Stabsstelle Sonderprojekte „barrierefreie Stadt“ im Dez IV und Sachbearbeiter Inklusion IuS im Dez III.</i></p> <p><i>In unterschiedlichen Fachdiensten und Bereichen schreitet die Implementierung von inklusionsbewussten und ausgerichteten Handeln weiter voran. Die Umsetzung der Inklusionsziele wird nicht nur rein durch personelle und finanzielle Ressourcen erreicht, sondern durch Umstrukturierungen von Prozessen und bewusster Einbeziehung von inklusionsbewussten Handeln. Im Sachstandsbericht werden vom FB 6 explizit ein erhöhter Personalbedarf benannt, um Maßnahmen aus dem Aktionsplan Inklusion umsetzen zu können. Durch die Weiterentwicklung des Aktionsplans Inklusion werden zudem bestehende Maßnahmen überprüft oder notwendige aufgenommen. So ist z. B. eine Einführung von „Leichter Sprache“ in die Verwaltung geplant. Hierfür wurde eine Pilotgruppe aufgestellt, um Einführungsstrategie, Ressourcen und Kosten besser einschätzen zu können. Zudem erfolgt derzeit eine Veränderung der Gesetzeslage durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG), deren Einflüsse auf die Maßnahmenumsetzungen des Aktionsplans Inklusion noch nicht gänzlich absehbar sind. So gehört z. B. zu den Ergänzungen des aktuellen BTHG ein neuer Leistungskatalog der „Sozialen Teilhabe“. Dieser beinhaltet auch bisher unbenannte</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p>Leistungen wie Assistenzleistungen und Leistungen zur Mobilität. Jedoch sind Leistungsausweitungen damit aber grundsätzlich nicht verbunden.</p> <p>2020 wird die geplante Fortschreibung des kommunalen Aktionsplans Inklusion durchgeführt. Entsprechend wurden 22.100 € von der Sts luS für 2020 in den Haushalt einplant, um den Prozess angemessen zu begleiten und punktuell externe Unterstützung einzubinden.</p>
FDP	499	05-04-01		Unterhaltsvorschussleistungen	<p>Wie prognostiziert die Verwaltung die Ergebnisse der Neuregelung</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
Die Grünen	500	05-04-01	03	Sonstige Transfererträge	<p>Der Ansatz umfasst Erträge aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen. Der Ansatz 2020 entspricht ungefähr dem doppelten Ergebnis 2018.</p> <p>Welche Gründe führen zu der Annahme, dass die Erträge verdoppelt werden können?</p> <p>Welche Erträge konnten für 2019 bisher erzielt werden?</p> <p>Mit welchem Personaleinsatz(Anzahl der VZÄ-Stellen) wurde in 2018 und 2019 das Ziel erreicht?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Durch die Gesetzesnovellierung zum 01.07.2017 haben sich die Fallzahlen im Bereich UVG verdoppelt und steigen stetig. Dies führt auch zum Anstieg der Erträge durch den Rückgriff beim Unterhaltsschuldner, Im Jahr 2018 und 2019 konnte aufgrund von personeller Vakanzen die Bearbeitung des Rückgriffs nicht kontinuierlich verfolgt werden. Zum 01.01.2019 erfolgte die Aufstockung durch eine weitere Vollzeitkraft, die aber aufgrund der Langzeiterkrankung einer Mitarbeiterin prioritär für die Bewilligung der Leistungen eingesetzt werden musste, um Nachteile für die Leistungsberechtigten zu vermeiden. Zusätzlich erfolgte ab dem 01.10.2019 eine weitere Aufstockung des Personals durch eine Teilzeitkraft. Diese wird nun vollständig im Bereich des Rückgriffs eingesetzt, wodurch die Realisierung der Mehrerträge angenommen wird. Im Haushaltsjahr 2019 sind zurzeit Erträge in Höhe von 41.339,59 € eingegangen.</p> <p>Das Ziel wurde im Jahr 2018 mit 2 Vollzeitstellen erreicht wovon 1 Vollzeitstelle krankheitsbedingt vakant ist und die 2. Vollzeitstelle prioritär die Leistungsbewilligung bearbeiten musste.</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Die Grünen	507	06-01-01		KiTa-Ausbau	<p>Warum finden sich im Haushalt keine Ansätze für KiTa-Neubaumaßnahmen (analog zu den Grundstückskäufen in Produkt 01-13-02 (06-00021)? Wie plant die Verwaltung, die nicht veranschlagten KiTas zur Realisierung zu bringen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	507	06-01-01	KZN	Kindertageseinrichtungen	<p>Auf welcher Datengrundlage hat die Verwaltung die Anzahl der belegbaren Plätze im U3 und Ü3 Bereich im Gegensatz zu 2019 reduziert. Aus der Vorlage zum gemeinsamen Ausschuss am 02.10.2019 gehen andere Zahlen hervor. Wir bitten die Verwaltung hier aktuelle Zahlen einzusetzen.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	508	06-01-01	6	Erstattungen nach Kibiz	<p>Die Erstattungen erfolgen mit allen betroffenen Kommunen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	515	06-01-01	05-00114	Neubau Kita Wellenstraße	<p>Neubaumaßnahme für insgesamt 8.606.000 €. Die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises bauen derzeit unter ähnlichen Rahmenbedingungen neue Kitas. Wir bitten um eine Übersicht zu welchen Kosten dieses in den Nachbarkommunen geschieht und welche Art der Bauweisen dort genutzt werden? Welche Möglichkeiten von Modulbauweisen nutzen wir in Sankt Augustin und welche Erfahrungen wurden in Nachbarkommunen damit gemacht? Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass die veranschlagten Haushaltsmittel zum Bau einer Kita deutlich über dem liegen was sich eine Kommune im Haushaltssicherungskonzept eigentlich leisten kann? Sieht die Verwaltung keine Möglichkeiten mit deutlich weniger Mitteln den Bau einer Kita realisieren zu können?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Aufbruch	524	06-02-01	15	Kinder- und Jugendarbeit	Anmerkung: Eine Ausweitung der internationalen Begegnungen und entspr. Höherer Ansatz wäre sinnvoll (evtl. zu Lasten einer Partnerschaft [Grantham]) <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>-Wird nachgereicht-</i>
FDP	531	06-02-02		offene Kinder- und Jugendarbeit operative Ziele:	Wie ist der Stand der Umsetzung der Neustrukturierung? Mit welchem Träger gibt es schon konkrete Ergebnisse? Wurden alle Pakete angenommen? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>-Wird nachgereicht-</i>
FDP	532	06-02-02	13	Aufwendungen	Bitte noch mal erklären? Pädagogische Fachkraft im Rahmen der Neustrukturierung? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>-Wird nachgereicht-</i>
Die Grünen	532	06-02-02	02	Zuwendungen und allgemeine Unterlagen	Der Ansatz verdreifacht sich ab 2020, welche Gründe führen hierzu? Was versteht sich unter der „Auflösung von Sonderposten“? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Erhöhung des Ansatzes resultiert aus dem Anstieg der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, u.a. durch die Aktivierung des Jugendzentrums Mülldorf sowie der Außenanlage. Die Zuschüsse aus Mitteln der Städtebauförderung (ISEK) werden als Sonderposten passiviert und analog der Abschreibung des entsprechenden Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst. Mit der Inbetriebnahme des Jugendzentrums steigen die Abschreibungen ab 2020 ebenfalls an.</i>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	532	06-02-02	7	Rückforderungen an den Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen	<p>Es ist der Auftrag des Rates, dass die Verwaltung Rückforderung an den Verein stellt, um nicht ordnungsgemäß verwendete Gelder zurück zu erhalten. Die entsprechenden Höhen sind seitens der Verwaltung benannt worden und sind daher als offene Forderungen in den Haushalt einzustellen. Oder sieht dies die Verwaltung anders?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
Die Grünen	537	05-00092	18	Neubau Jugendzentrum Mülldorf	<p>Der Tagespresse ist zu entnehmen, dass lt. Zuständigem Dezernenten mit nicht unerheblichen Mehrkosten bei der Fertigstellung zu rechnen ist. Sind diese Kosten im HH-Ansatz berücksichtigt? Wenn nein, warum werden diese Kosten nicht veranschlagt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
Aufbruch	539	06-02-03			<p>Stimmt die Anzahl der Teilnehmer?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
SPD	560	06-03-03	13	Inobhutnahmen	<p>Wie erklärt sich der hohe Mittelansatz in 2020 im Vergleich Mittelansatz in 2019? Sieht die Verwaltung nicht die Notwendigkeit, dass auch in Sankt Augustin eine entsprechende Einrichtung geschaffen werden sollte um dem allgemeinen Bedarf gerecht zu werden? Ist ein Standort wie an der Ziegelei in Mülldorf dafür nicht geeignet?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Der Mittelansatz hat sich im Jahr 2020 gegenüber dem Ansatz für das Jahr 2019 mehr als halbiert. Er ist aufgrund der Ergebnisse der letzten Jahre angepasst worden. Aktuell werden Bereitschaftspflegefamilien in Sankt Augustin für die Inobhutnahme von eher jüngeren Kindern akquiriert. Plätze für die Inobhutnahme insbesondere von Jugendlichen in Einrichtungen sind zurzeit ausreichend vorhanden.</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Aufbruch	576	07-01-01	15	Krankenhausumlage	<p>Wäre die Stadt auch an den Landesmitteln für die Abwicklung der Kinderklinik beteiligt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Nein, die Gemeinden werden über die Krankenhausumlage nur an der Finanzierung der förderfähigen Investitionsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) beteiligt. Darüber hinaus können die Krankenhausträger nach § 9 Abs. 2 KHG weitere Fördermittel, u. a. zur Erleichterung der Schließung von Krankenhäusern oder zur Umstellung von Krankenhäusern oder Krankenhausabteilungen auf andere Aufgaben beantragt werden. Diese Fördermittel werden jedoch nicht durch die Krankenhausumlage mitfinanziert.</i></p>
FDP	584	08-01-01	15		<p>Wieso ist die Auflösung des ARAP eine Aufwendung?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Im Jahr 2015 wurden Investitionskostenzuschüsse gewährt, welche investiv in der Finanzrechnung abgebildet wurden. Da es sich jedoch nicht um städtisches Anlagevermögen handelt, erfolgt hier keine Abschreibung. Die Abgrenzung des Aufwandes erfolgt in diesen Fällen über aktive Rechnungsabgrenzungsposten. Im vorliegenden Fall wird der Aufwand über die Dauer von 15 Jahren abgegrenzt.</i></p>
SPD	584	08-01-01	2	Kunstrasenplatz im Zentrum HH 2021	<p>Woher sollen die zusätzlich notwendigen Mittel fließen? Ist der Verwaltung bekannt, dass auch "gebrauchte" hochwertige Kunstrasenplätze zum Beispiel für einen zweiten Platz im Zentrum (Hockey/Fußball) genutzt werden könnten? Da das Land nur Sanierungen mit Fördermitteln unterstützt, könnte das ein Weg sein für die Folgejahre.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die angemeldeten Mittel sind ausschließlich für die notwendige Sanierung des vorhandenen Kunstrasenplatzes vorgesehen. Die Finanzierung soll wie im Haushaltsplanentwurf auf Seite 585 dargestellt aus den angesparten Mitteln der Schul- und Sportpauschale erfolgen. Falls die Vereine die Mittel des Förderprogramms „Moderne Sportstätte 2022“ nicht ausschöpfen sollten (das Programm richtet sich vorrangig an den organisierten Sport), wird die Verwaltung zur Sanierung des Zentrumsplatzes selbst einen Förderantrag stellen.</i></p> <p><i>Eine fundierte Kostenschätzung zur Errichtung eines zweiten Kunstrasenplatzes</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>(Hockey/Fußball) im Zentrum aus dem Jahr 2018 liegt brutto inklusive Baunebenkosten bei rund 855.000 €. Der Anteil des reinen Kunstrasenbelages inklusive Sandverfüllung liegt bei rund 182.0000 €. Fast 80 % der Kosten entfallen auf Erdbearbeitung des Geländes, Entwässerung/Drainage, elastische Tragschicht, Beregnungsanlage, Trainingsbeleuchtung und Einrichtung (z.B. Barriere, Ballfangzäune, Tore) etc. Die mögliche Ersparnis bei Verwendung eines gebrauchten Kunstrasenbelages ist nach Auffassung der Verwaltung im Verhältnis zu den Gesamtkosten der Maßnahme überschaubar, birgt jedoch das Risiko eines frühzeitigen Austauschs und damit von Entsorgungskosten.</i>
SPD	584	08-01-01	Investitionen	Sporthallenkapazitäten	<p>Welche Überlegungen hat die Stadtverwaltung, um den erheblich Bedarf an Sporthallenkapazitäten in der Zukunft gerecht zu werden? Sind der Verwaltung Leichtbauweisen und kostengünstige Modelle zur Errichtung bekannt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die aufgeführten Modelle sind der Verwaltung bekannt. Die Bestrebungen der Verwaltung richten sich in erster Linie auf den Erhalt der vorhandenen Kapazitäten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und im Rahmen der Kapazitäten und Prioritäten im Projektprioritätenplan des FB 9. Eine neue Gesamtkonzeption der Sportstätten im Schulzentrum Menden wurde durch Beschluss des HAFA am 25.01.2017 (Ds.-Nr. 17/0014) zurückgestellt. Mitentscheidend hierfür war, ob über die Fläche des Hallenbades Menden verfügt werden kann. Dies hängt davon ab, ob sich ein zentrales Kombibad realisieren lässt.</i></p>
SPD	588	08-01-01	03-F02	Festwert Sportplätze	<p>Wie kommt es, dass die Mittel nur zu so geringen Teilen abgerufen werden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Zu den Festwerten der Sportplätze gehören u.a. Gehölze, Bäume, Zäune, Tore und Wegefläche. Die jährlichen Ausgaben sind abhängig vom Verschleiß und den Notwendigkeiten auf den jeweiligen Sportanlagen und schwanken daher. In diesem Jahr werden die Mittel voraussichtlich nicht ausgeschöpft.</i></p>
FDP	599	08-01-02		Bäderkonzept	<p>Bitte Planungskosten wofür genau erläutern.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>-Wird nachgereicht-</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Aufbruch	602	09			<p>In welcher Höhe müsste der Ansatz für Personal angepasst werden, wenn man die Ergebnisse der Orga-Untersuchung berücksichtigt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Ausgehend von den von Rödl & Partner genannten Stellenanteilen und der von dort vorgeschlagenen Verteilung auf die Jahre 2020, 2021 und 2022, der Eingruppierung in verwaltungs- und tätigkeitsüblichen Entgeltgruppen, dem KGSt Bericht 09/2018: Kosten eines Arbeitsplatzes 2018/2019 und in Bezug auf 12 Monate berechnet ergeben sich folgende Werte über den bisherigen Ansatz für Personal hinaus: 2020: 282.650 € 2021: 738.620 € 2022: 284.961 €</p>
Aufbruch	606	09-01-01		städtebauliche Planung und Entwicklung	<p>Sind bei den Erträgen die nach der Satzungsänderung möglichen zusätzlichen Einnahmen aus Gebühren für Planungs- und Genehmigungsverfahren berücksichtigt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> In den aufgeführten Zuwendungen und Leistungsentgelten sind wie dargelegt nur die Fördermittel des Landes sowie die Einnahmen aus den Fortbildungsmaßnahmen enthalten. Die Einnahmen aus den Verwaltungskostenpauschalen, die über deren Berücksichtigung in städtebaulichen Verträgen erzielt werden können, sind noch nicht enthalten, da noch unklar ist, ob und welche Bebauungsplanverfahren mit Investorenbeteiligung durchgeführt werden.</p>
FDP	618	09-03-01	Zeile 13	Starker Anstieg	<p>Warum steigt der Ansatz so massiv? Führen Organisationsänderungen dazu?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	625	10-01-01	KNZ	Baugenehmigungen	<p>Wie sind derzeit die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten von Bauanträgen? Wie lang sind bei den drei ältesten Bauanträgen, die noch nicht abgeschlossen worden sind, die Zeiten und warum sind diese so?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</p>
FDP	627	10-01-01	Zeile 11	Neue Stellen	<p>Der Ansatz 2020 ist ca. 200.000 Euro höher als 2019. Wie werden die neuen Stellen bemessen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Die neuen Ingenieurstellen werden in EG 11 eingruppiert. Auf die zwei neuen Stellen entfallen rd. 138.400 Euro. Weitere rd. 41.600 Euro entfallen auf eine Stelle, die 2020 nach einem Jahr Wiederbesetzungssperre nachbesetzt wird.</p>
Aufbruch	635	10-03-01		Wohnungsbau-förderung	<p>Wie ist der Stand bei der Bearbeitung des Mietspiegels?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Die Stadt Sankt Augustin hat letztmalig 2014 den Mietspiegel für das Stadtgebiet der Stadt Sankt Augustin aktualisiert. Dieser Mietspiegel ist heute leider nicht mehr gültig. In der abgelaufenen Legislaturperiode wurde ein umfangreiches Paket zur Reformierung des Mietrechtes aufgestellt, allerdings nicht mehr verabschiedet. Im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist ebenfalls eine Reformierung der mietrechtlichen Regelungen in Deutschland enthalten. Aktuell hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz einen Entwurf zur Anpassung des Mietspiegelrechts bis zum Ende des Jahres angekündigt Die Erstellung eines neuen Mietspiegels ist mit erheblichem zeitlichen und finanziellem Aufwand verbunden. Vor den weiteren anstehenden Änderungen der mietrechtlichen Bestimmungen ist die Erstellung eines neuen Mietspiegels aus der Sicht der Stadt Sankt Augustin nicht sinnvoll, da ggfls. bereits während der Erstellung des Mietspiegels Änderungen berücksichtigt und aus diesem Grund Daten wiederholt abgefragt werden müssen. Die Neuauflage des Mietspiegels für die Stadt Sankt Augustin soll deshalb erst nach</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>der Reform des Mietrechts erfolgen.</i>
Aufbruch	678	12-01-01	28	Straßen, Wege, Plätze	<p>Woher kommt der Anstieg der Aufwendungen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Das Ergebnis des Jahres 2018 enthält keine Verrechnung des Straßenentwässerungsanteils (Niederschlagswassergebühr für die öffentlichen Verkehrsflächen). Dieser wird erst nach Erstellung des Jahresabschlusses im Rahmen der Betriebsabrechnung ermittelt. Der Haushaltsansatz umfasst demgegenüber unter anderem auch den aus der (vorläufigen) Gebührenkalkulation ermittelten Straßenentwässerungsanteil. Ab dem Jahr 2021 wird mit steigenden Gebühren für das Niederschlagswasser gerechnet, weil die vorhandenen Überdeckungen der Vorjahre im Jahr 2020 vollständig verrechnet werden. Der Gebührensatz für das Niederschlagswasser wird voraussichtlich um ca. 28 Cent steigen. Der Anteil öffentlicher Verkehrsflächen beträgt ca. 1.199.000 m². Der von der Stadt zu tragende Straßenentwässerungsanteil steigt im Jahr 2021 aufgrund dessen um rd. 335.000 € an.</i></p>
SPD	678	12-01-01	13	Radverkehrskonzept	<p>Werden die Maßnahmen wie geplant zeitlich umgesetzt? Welche finanziellen und personellen Ressourcen würde die Verwaltung benötigen um den Maßnahmenkatalog schneller umzusetzen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Im FB 7 sowie im FB 6 fehlen zurzeit die personellen Ressourcen, um eine zügige Bearbeitung sicherzustellen. Das Ergebnis der Organisationsuntersuchung im Dezernat IV ergibt für den Fachdienst 6/10 einen Stellenmehrbedarf. Unter anderem ist auch die Einrichtung einer weiteren Stelle für Verkehrsplanung/Mobilität empfohlen worden, ohne die eine schnellere Bearbeitung der anstehenden Projekte in diesem Bereich nicht möglich ist. Bei einer Ausweisung der Stelle nach Entgeltgruppe 13 fallen jährliche Personalkosten in Höhe von rd. 79.300 Euro an.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	678	12-01-01	13	Sanierung Brückenbauwerk Am Mühlengraben	<p>Welche Notwendigkeit sieht die Verwaltung dieses Brückenbauwerk so kostenaufwändig zu sanieren?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Sanierung des Bauwerks ist dringend notwendig. Gem. der in 2018 durchgeführten Bauwerks-Hauptprüfung bestehen an dem Bauwerk Mängel, welche die Standsicherheit, Verkehrssicherheit und Dauerhaftigkeit des Bauwerkes gefährden. Eine Schadenbeseitigung ist kurzfristig erforderlich. Die Instandhaltung von Brückenbauwerken ist eine pflichtige Aufgabe gem. DIN 1076.</i></p>
SPD	678	12-01-01	13	Radwegrückbau Großenbuschstraße HH 2021	<p>Um welche genaue Maßnahme handelt es sich da? Was ist vorgesehen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Auf der Großenbuschstraße befindet sich zwischen Einmündung Ilmenaustraße und der Fahrbahnverengung östlich der Einmündung Eisennachstraße ein abmarkierter Radweg. Zudem wird der Radweg im Bereich der Bushaltestellen und verschiedener Einmündungen der Großenbuschstraße über bauliche Anlagen geführt. Da in einer Tempo-30-Zone der Radfahrer nicht separat geführt werden darf, sondern mit dem KFZ-Verkehr auf der Fahrbahn zu führen ist, hat die Straßenverkehrsbehörde einen Rückbau der separaten Radweganlagen gefordert.</i></p>
Aufbruch	680	12-01-01	13	Straßen, Wege, Plätze	<p>Ist die Maßnahme Sanierung Brückenbauwerk Am Mühlengraben/Pleisbach dringend notwendig oder kann diese verschoben werden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Sanierung des Bauwerks ist dringend notwendig. Gem. der in 2018 durchgeführten Bauwerks-Hauptprüfung bestehen an dem Bauwerk Mängel, welche die Standsicherheit, Verkehrssicherheit und Dauerhaftigkeit des Bauwerkes gefährden. Eine Schadensbeseitigung ist kurzfristig erforderlich. Die Instandhaltung von Brückenbauwerken ist eine pflichtige Aufgabe gem. DIN 1076.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
Die Grünen	680	12-01-01	13	Umsetzung Radverkehrskonzept	<p>Welche Maßnahmen zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes sind in 2020 und 2021 genau vorgesehen?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Eine konkrete Planung liegt zurzeit noch nicht vor. Daher sind die im Radverkehrskonzept enthaltenen Maßnahmen bei der Haushaltsanmeldung berücksichtigt worden:</i></p> <p>2020: Fahrradstraße Gottfried-Keller-Straße/Bachstraße/Rosenweg 2020: Querungsstellen entlang der L 143 und L 16 2020: Fahrradstraße Dornierstraße 2021: Schutzstreifen und Mittelinsel an der Pleistalstraße 2021: Querungsstellen L 333 ggfls. Schutzstreifen 2021: Verbreiterung Radweg Pleistalstraße 2021: Verbreiterung Radweg Hangelar/West-Bonn 2021: Verbreiterung Radweg Hangelar/Ost-Ort 2021/22: Rad-/Gehwegbrücke über die Sieg</p>
Aufbruch	684	12-01-01		Straßen, Wege, Plätze	<p>Sanierung Granthambrücke (Notwendigkeit?)</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Sanierung des Bauwerks ist notwendig. Gem. der in 2018 durchgeführten Bauwerks-Hauptprüfung bestehen an dem Bauwerk Mängel, welche die Verkehrssicherheit und Dauerhaftigkeit des Bauwerkes gefährden. Eine Schadensbeseitigung ist nunmehr kurzfristig erforderlich. Die Instandhaltung von Brückenbauwerken ist eine pflichtige Aufgabe gem. DIN 1076.</i></p>
SPD	685	12-01-01	07-00234	Brücke S-Bahn Zentrum	<p>Ist mit der Windschutzeinrichtung, die auf den Bahnsteigen gemeint. Die Begründung liest sich anders?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Mit der Windschutzeinrichtung ist die auf den Bahnsteigen gemeint.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
SPD	685	12-01-01	07-00379	Unterflur-container	<p>Welche finanziellen und personellen Ressourcen benötigt die Verwaltung, wenn der Rat eine deutliche größere Anzahl an Standorten mit Unterflur-Containern ausbauen möchte?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Pro Standort sind 30.000 – 40.000 € (je nach Leitungslage) bereit zu stellen. Für die Anforderung der Politik vom UPV vom 25.09.2019 zu jedem Standort eine Bürgerbeteiligung durchzuführen ist der zusätzlicher Personalbedarf derzeit nicht berücksichtigt.</i></p>
Die Grünen	686	12-01-01	07-00376	Fahrradabstellanlagen	<p>Mit Beschluss des Haushaltes 2018/2019 wurde ein investives Programm zum (Ersatz-) Neubau von Fahrradabstellanlagen geschaffen. In 2018 wurden im Haushalt 30.000 Euro, für 2019 und die geplanten Folgejahre bis 2022 jährlich 60.000 Euro vorgesehen. Wie ist der Sachstand zur Umsetzung des Neubaus von Fahrradabstellanlagen? Welche konkreten Maßnahmen wurden bislang umgesetzt? Welche Förderungen wurden beantragt/genehmigt? Was soll umgesetzt werden? Warum fehlt dieser Ansatz im Haushaltsplanentwurf 2020/2021?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Verwaltung hat eine Untersuchung zur Anlage von Fahrradabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen in Auftrag gegeben, um die Potenziale und Möglichkeiten der einzelnen Standorte abschätzen zu können. Ziel dieser Untersuchung (u.a. sollte sie möglichst kostengünstig sein) war eine Aufwandsabschätzung, um damit eine Grundlage einer vorzunehmenden Priorisierung zu schaffen. Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt seit Juni 2019 vor und muss nun seitens der Verwaltung ausgewertet werden. Aus personellen Gründen war dies bislang leider nicht möglich.</i></p>
Aufbruch	688	12-01-01	07-00245	Straßen, Wege, Plätze	<p>Ist diese Maßnahme (Minikreisel) wirklich notwendig?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die bisherige Anbindung des Gewerbegebietes Menden-Süd an die Meindorfer Straße/L 16 ist derzeit verkehrlich nicht angemessen geregelt. Der Linksabbieger in die Straße Am Bahnhof verursacht während der Hauptverkehrszeiten Rückstau auf der L 16, ebenso ist die Ausfahrt aus dem Gewerbegebiet generell mit unangemessenen Wartezeiten verbunden.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p><i>Für den Fußgängerverkehr sind bislang keine gesicherten Querungsstellen am Knotenpunkt Meindorfer Straße/Am Bahnhof vorhanden. Der Querungsbedarf für Fußgänger ist durch die Neuansiedlung des benachbarten Wohngebietes - Im Rebhuhnfeld – in den letzten Jahren gewachsen und wird sich durch den zukünftigen Umbau und die Aufwertung des Bahnhofes Menden und der damit verbundenen barrierefreien Erreichbarkeit nochmals verstärken. Der Minikreisell soll daher die verkehrliche Anbindung an das Gewerbegebiet verbessern und gesicherte Querungsmöglichkeiten für Fußgänger schaffen.</i></p>
Die Grünen	688	12-01-01	07-00245	Minikreisell Meindorfer Straße / Am Bahnhof	<p>Warum ist reine Realisierung bereits in 2021 angesichts der fortlaufenden Bautätigkeiten der S 13 (vrsl. bis 2026) sinnvoll? Ist der Kreisverkehr eine notwendige Erschließungsanlage für das Gewerbegebiet Menden Süd? Wenn ja: Wann wäre der Kreisverkehr aus dieser Perspektive verbindlich zu realisieren?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Fertigstellung des Bauwerkes der Deutschen Bahn – Eisenbahnüberführung Meindorfer Straße - ist für Oktober 2020 angekündigt worden. Im Anschluss soll die Beauftragung der Bauarbeiten für den Minikreisverkehr bis Ende 2020 erfolgen und die Baudurchführung Anfang 2021 starten.</i> <i>Die bisherige Anbindung des Gewerbegebietes Menden-Süd an die Meindorfer Straße/L 16 ist derzeit verkehrlich nicht angemessen geregelt. Der Linksabbieger in die Straße Am Bahnhof verursacht während der Hauptverkehrszeiten Rückstau auf der L 16, ebenso ist die Ausfahrt aus dem Gewerbegebiet generell mit unangemessenen Wartezeiten verbunden.</i> <i>Für den Fußgängerverkehr sind bislang keine gesicherten Querungsstellen am Knotenpunkt Meindorfer Straße/Am Bahnhof vorhanden. Der Querungsbedarf für Fußgänger ist durch die Neuansiedlung des benachbarten Wohngebietes - Im Rebhuhnfeld – in den letzten Jahren gewachsen und wird sich durch den zukünftigen Umbau und die Aufwertung des Bahnhofes Menden und der damit verbundenen barrierefreien Erreichbarkeit nochmals verstärken. Der Minikreisell soll daher die verkehrliche Anbindung an das Gewerbegebiet verbessern und gesicherte Querungsmöglichkeiten für Fußgänger schaffen.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
FDP	692	12-01-01	07-00387	E-Fahrzeug	<p>Wofür wird ein E-Fahrzeug benötigt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es handelt sich um ein „Poolfahrzeug“ des FB 7 für Einsatzfahrten im Stadtgebiet, z. B. für die Einrichtung, Überprüfung und Abnahme von Baustellen.</i></p>
Die Grünen	692	12-01-01	07-00373	Fahrradabstellanlagen Bahnhof Menden	<p>Warum wird für „Fahrradabstellanlagen“ mit Gesamtkosten in Höhe von 1,2 Mio. Euro kalkuliert? Was genau ist geplant mit welchen Kostenanteilen? Ist eine Fertigstellung in den Jahren 2022-2024 angesichts der bis 2026 laufenden Baumaßnahmen S 13 sinnvoll?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die kalkulierten Kosten beinhalten die Fahrradabstellanlage und den P & R-Parkplatz neben dem Bahnhof Menden. Da zurzeit nur ein Konzept gemäß Bebauungsplan 408/1 N „Gewerbegebiet Menden-Süd“ für einen Ausbau existiert, sind die Ausbaukosten vorläufig geschätzt worden:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Fahrradabstellanlage 100.000 € 2. P & R-Anlage 720.000 € 3. Treppenanlage/Stützkonstruktion. 180.000 € 4. Ingenieurkosten: 100.000 € 5. Vermessung/Grunderwerb/Gutachen: 100.000 € <p><i>Aufgrund des vorliegenden Zeitplans der Deutschen Bahn zum Ausbau des Bahnhofes Menden ist der städtische Ausbau für 2023/24 vorgesehen. Die Investitionsmaßnahme wird umbenannt in „P&R-Anlage mit Fahrradabstellanlage am Bahnhof Menden“.</i></p>
Aufbruch	693	12-02-01		Verkehrsanlagen Beleuchtung	<p>Kann Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED nicht schneller erfolgen? z.B. durch Austausch von Laternen vor vollendeter Abschreibung?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Bis zum Jahr 2011 wurden energiesparende Natriumdampflampen im Stadtgebiet verbaut, deren Anteil sich auf rd. 55% beläuft. Ab 2012 erfolgt der Einsatz von LED-Lampen zur</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>Ablösung der alten Quecksilberdampflampen. Derzeit beträgt der Anteil an LED-Beleuchtung rd. 28%. Nach vorgesehenem Abschluss des Austauschprogramms Ende 2020 wird der LED-Anteil dann rd. 35% an der gesamten Straßenbeleuchtung betragen. Ein schnellerer Austausch auf LED-Lampen ist aufgrund zu erfolgreicher Ausschreibungen und personeller Gegebenheiten nicht möglich, ein Austausch der ebenfalls neuen und energiesparenden Natriumdampflampen unwirtschaftlich.</i>
Die Grünen	693	12-02-01		Kennzahlen Straßenbeleuchtung	Warum steigt der Stromverbrauch in KW/h pro Kilometer beleuchteter (m) Straße/Weg laut Kennzahl, wenn doch der Anteil der LED-Beleuchtung erhöht wird? <i><u>Antwort der Verwaltung:</u> -Wird nachgereicht-</i>
FDP	695	12-02-01	Zeile 13	Strom	Wird der Strom aus regenerativen Quellen erzeugt. Wenn nicht -> Was würde eine Umstellung an Kosten verursachen? <i><u>Antwort der Verwaltung:</u> Laut Jahresrechnung der EVG für 2018 besteht der Strom zu 52,9% aus erneuerbaren Energien, finanziert aus der EEG-Umlage und zu 47,1% aus sonstigen erneuerbaren Energien.</i>
Die Grünen	695	12-02-01	13	Leuchtmittel	Wie groß ist der ungefähre Anteil der Leuchtmittel im Status Quo <ul style="list-style-type: none"> - der LED-Beleuchtung - weiterer energiesparender Beleuchtungsmittel - „normale“, nicht energiesparende, Beleuchtung? <i><u>Antwort der Verwaltung:</u></i>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung																																				
					<table border="1"> <thead> <tr> <th>Pos.</th> <th>Gruppe</th> <th>Wert</th> <th>Prozent</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1</td> <td>Leer</td> <td>1</td> <td>0,01%</td> </tr> <tr> <td>2</td> <td>CosmoPolis</td> <td>121</td> <td>1,55%</td> </tr> <tr> <td>3</td> <td>Halogen-Metalldampflampe</td> <td>18</td> <td>0,23%</td> </tr> <tr> <td>4</td> <td>LED</td> <td>2149</td> <td>27,52%</td> </tr> <tr> <td>5</td> <td>Leuchtstofflampe</td> <td>549</td> <td>7,03%</td> </tr> <tr> <td>6</td> <td>Natriumdampflampe</td> <td>4333</td> <td>55,49%</td> </tr> <tr> <td>7</td> <td>Quecksilberdampflampe</td> <td>637</td> <td>8,16%</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Summe</td> <td>7808</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Zu 1. Anteil der LED Beleuchtung liegt bei 28%</p> <p>Zu 2. Die Natriumdampf Hochdruckleuchte kann als „energie-effizient“ angesehen werden, der Anteil liegt bei 55%</p> <p>Zu 3. Energie in-effizient ist die Quecksilberdampf Hochdruckleuchte, deren Anteil liegt bei 8%, dieses Leuchtmittel wird im Zuge der Sanierung der Straßenbeleuchtung aus dem Stadtbild demontiert.</p>	Pos.	Gruppe	Wert	Prozent	1	Leer	1	0,01%	2	CosmoPolis	121	1,55%	3	Halogen-Metalldampflampe	18	0,23%	4	LED	2149	27,52%	5	Leuchtstofflampe	549	7,03%	6	Natriumdampflampe	4333	55,49%	7	Quecksilberdampflampe	637	8,16%	Summe		7808	
Pos.	Gruppe	Wert	Prozent																																						
1	Leer	1	0,01%																																						
2	CosmoPolis	121	1,55%																																						
3	Halogen-Metalldampflampe	18	0,23%																																						
4	LED	2149	27,52%																																						
5	Leuchtstofflampe	549	7,03%																																						
6	Natriumdampflampe	4333	55,49%																																						
7	Quecksilberdampflampe	637	8,16%																																						
Summe		7808																																							
Die Grünen	695	12-02-01	13	Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED	<p>Welche Möglichkeiten zum schnelleren Umstieg auf LED-Beleuchtung sieht die Verwaltung und welche Einsparpotenziale können sich daraus ergeben?</p> <p>Teilt die Verwaltung die Einschätzung, dass damit zu rechnen ist, dass die entsprechenden Förderprogramme zur Umstellung der Straßenbeleuchtung (Nationale Klimaschutzinitiative) vrsl. auch 2020 ff. zur Verfügung stehen werden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel und Personaleinsatz wird der Umbau schnellstmöglich umgesetzt. Die Standard LED Leuchte in z.B. Nebenstraße oder Wohnstraße besitzt einen Anschlusswert in Höhe von 21 Watt, ausgetauscht gegen eine Quecksilberdampf Hochdruckleuchte mit einem Wert von 140 Watt ergibt sich eine Ersparnis von 119 Watt.</i></p>																																				
Aufbruch	700	12-03-01	13	Straßenreinigung	<p>Resultiert die Erhöhung der Aufwendungen aus der Erhöhung der Frontmeter? Ist „Wetterdienst“ = Winterdienst?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u></p>																																				

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>Tatsächlich „Wetterdienst“. Es handelt sich um eine Dienstleistung zum Empfang relevanter Wetterdaten.</i>
FDP	701	12-03-01	Zeile 13	Wetterdienst	<p>Ist der Wetterdienst (4500 Euro / Jahr) zwingend notwendig? Welche Informationsvorteile sind im Vergleich zu kostenlosen Diensten im Internet vorhanden?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Aus Gründen der Rechtssicherheit, insbesondere in möglichen Haftungsfragen gegenüber Dritten, ist die Inanspruchnahme eines offiziellen Wetterdienstes zwingend erforderlich.</i></p>
Die Grünen	718	13-01-01	13	Biodiversität	<p>Mit Beschluss des Haushaltes 2018/2019 wurden die Ansätze, auch für die Finanzplanung, erhöht im Hinblick auf Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung in Bezug auf diese Zielsetzung für die Jahre 2020-2024 und wie sind diese im Haushaltsplanentwurf hinterlegt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Verwaltung plant verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität, die in den Folgejahren umgesetzt werden sollen. Teilweise ist dies durch Umstellung der Pflegeverträge zu erreichen, teilweise soll eine Extensivierung durch Umgestaltung von Flächen erfolgen. Entsprechende Haushaltsmittel wurden im Bereich der Grünflächenunterhaltung angemeldet.</i></p>
Aufbruch	738	13-04-01	31	Friedhofs- und Bestattungswesen	<p>Wieso steigen die die Beträge, wenn die Gebühren nur zur Kostendeckung dienen sollten?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Gebühren wurden nach Maßgabe des KAG NRW kostendeckend unter Einbeziehung kalkulatorischer Abschreibungen und Zinsen berechnet. Die kalkulatorische AfA erfolgt vom Wiederbeschaffungszeitwert und ist in der Regel höher als die im Haushalt angesetzte bilanzielle Abschreibung. Kalkulatorische Zinsen sind im Haushaltsplan nicht angesetzt, die tatsächlichen Fremdkapitalzinsen werden zentral bei Produkt 16-01-02 veranschlagt. Darüber hinaus werden in die Gebühren auch anteilige Querschnittskosten unter der Position Verrechnung von Personal-, Sach- und Verwaltungskosten berücksichtigt, welche im Haushaltsplan bei verschiedenen Produkten nachgewiesen werden. Durch die genannten Abweichungen entstehen bei den Produkten der kostenrechnenden Einrichtungen</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<i>regelmäßig positive Ergebnisse.</i>
FDP	740	13-04-01	Zeile 16	Miet-aufwendungen	Welche Mietaufwendungen fallen im Detail an? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Es handelt sich um Erbbauzinsen für den Friedhof Niederpleis.</i>
SPD	741	13-04-01	07-F02	Festwert Friedhöfe	Der Zustand der Friedhöfe ist nicht so gut, dass es sich erklären lässt, dass die vom Rat zur Verfügung gestellten Mittel für Erneuerungen nicht verausgabt werden, wie kommt es zu dem niedrigen Mittelverbrauch in 2018 und wie war er 2019? <u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>In 2018 wurden rd. 5.500 EUR verausgabt, insbesondere für die Wiederherstellung eines Wirtschaftstores, von Perlkies und Pflanzenlieferungen. Ein darüber hinaus gehender Bedarf, der sich über den Festwert abbilden ließ, ergab sich nicht. In 2019 wird der Ansatz nach heutigem Stand voraussichtlich ausgeschöpft. U. a. ist der Aufbau von Gedenkstelen auf den Friedhöfen Menden und Mülldorf beauftragt, sowie einer Urnenstelenanlage auf dem Friedhof Hangelar.</i>
Die Grünen	750	14-01-01		Klimaschutz	Sind die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Ressourcen (personell, finanziell) ausreichend, um den steigenden Anforderungen konzeptionellen Klimaschutzes gerecht zu werden und die beschlossenen Programme (EEA etc.) im Hinblick auf Umsetzung konsequent zu verfolgen inkl. Monitoring? <u>Antwort der Verwaltung (geänderte Fassung):</u> <i>Das BNU hat, für Maßnahmen für den Klimaschutz und die Anpassung an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels, Mittel in den Jahres-Haushalten angemeldet. Diese Mittel sind im Zuge der Haushaltskonsolidierung z.T. gestrichen worden. Zwischenzeitlich liegt für die Maßnahme ein Förderbescheid vor, die Beauftragung soll noch im Jahr 2019 aus Mitteln des Budgets BE-0013 (Umweltschutz) erfolgen. Für die Abwicklung und Begleitung der Maßnahmen und Projekte stellt das BNU im entsprechenden Umfang Personal zur Verfügung.</i>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung																																																												
Die Grünen	776	16-01-01	01	Steuereinnahme	<p>Wir bitten um Darstellung der Beträge für Grundsteuer A und B, Gemeindeanteile Ust und Est, Vergnügungssteuer und Hundesteuer, Kompensationsleistungen jeweils pro Jahr bis 2024.</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020</th> <th>2021</th> <th>2022</th> <th>2023</th> <th>2024</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Grundsteuer A</td> <td>25.000</td> <td>27.000</td> <td>27.000</td> <td>28.000</td> <td>28.000</td> </tr> <tr> <td>Grundsteuer B</td> <td>11.055.000</td> <td>12.192.000</td> <td>12.326.000</td> <td>12.450.000</td> <td>12.574.000</td> </tr> <tr> <td>Gewerbesteuer</td> <td>20.040.000</td> <td>20.800.000</td> <td>21.380.000</td> <td>21.960.000</td> <td>22.560.000</td> </tr> <tr> <td>Gemeindeanteil ESt</td> <td>34.124.230</td> <td>35.422.450</td> <td>37.344.120</td> <td>39.361.130</td> <td>40.494.330</td> </tr> <tr> <td>Gemeindeanteil USt</td> <td>3.570.420</td> <td>3.648.870</td> <td>3.725.300</td> <td>3.803.750</td> <td>3.884.210</td> </tr> <tr> <td>Vergnügungssteuer</td> <td>1.191.000</td> <td>1.331.000</td> <td>1.331.000</td> <td>1.331.000</td> <td>1.331.000</td> </tr> <tr> <td>Hundesteuer</td> <td>330.000</td> <td>330.000</td> <td>330.000</td> <td>330.000</td> <td>330.000</td> </tr> <tr> <td>Kompensationszahlung</td> <td>3.201.240</td> <td>3.333.270</td> <td>3.428.610</td> <td>3.542.300</td> <td>3.589.970</td> </tr> <tr> <td></td> <td>73.536.890</td> <td>77.084.590</td> <td>79.892.030</td> <td>82.806.180</td> <td>84.791.510</td> </tr> </tbody> </table>		2020	2021	2022	2023	2024	Grundsteuer A	25.000	27.000	27.000	28.000	28.000	Grundsteuer B	11.055.000	12.192.000	12.326.000	12.450.000	12.574.000	Gewerbesteuer	20.040.000	20.800.000	21.380.000	21.960.000	22.560.000	Gemeindeanteil ESt	34.124.230	35.422.450	37.344.120	39.361.130	40.494.330	Gemeindeanteil USt	3.570.420	3.648.870	3.725.300	3.803.750	3.884.210	Vergnügungssteuer	1.191.000	1.331.000	1.331.000	1.331.000	1.331.000	Hundesteuer	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	Kompensationszahlung	3.201.240	3.333.270	3.428.610	3.542.300	3.589.970		73.536.890	77.084.590	79.892.030	82.806.180	84.791.510
	2020	2021	2022	2023	2024																																																												
Grundsteuer A	25.000	27.000	27.000	28.000	28.000																																																												
Grundsteuer B	11.055.000	12.192.000	12.326.000	12.450.000	12.574.000																																																												
Gewerbesteuer	20.040.000	20.800.000	21.380.000	21.960.000	22.560.000																																																												
Gemeindeanteil ESt	34.124.230	35.422.450	37.344.120	39.361.130	40.494.330																																																												
Gemeindeanteil USt	3.570.420	3.648.870	3.725.300	3.803.750	3.884.210																																																												
Vergnügungssteuer	1.191.000	1.331.000	1.331.000	1.331.000	1.331.000																																																												
Hundesteuer	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000																																																												
Kompensationszahlung	3.201.240	3.333.270	3.428.610	3.542.300	3.589.970																																																												
	73.536.890	77.084.590	79.892.030	82.806.180	84.791.510																																																												
Die Grünen	776	16-01-01	01	Grundsteuer	<p>Sieht die Verwaltung Risiken durch eine Neuberechnung der Grundsteuer?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Durch die Neuberechnung werden grundsätzlich keine Risiken gesehen, da der Hebesatz so angepasst werden kann, dass das bisher geplante Grundsteueraufkommen erreicht wird. Für die Grundstückseigentümer bzw. Mieter können sich jedoch zum Teil gegenüber der bisher zu zahlenden Grundsteuer deutliche Unterschiede ergeben. Ein Risiko wird allerdings darin gesehen, dass die Reformierung durch das Land NRW bis zum Jahresende 2019 erfolgt sein muss, andernfalls dürfen die bestehenden Regeln nicht mehr angewendet werden und die Ertragsgrundlage für die Kommunen würde somit entfallen.</i></p>																																																												
Die Grünen	776	16-01-01		Grundsteuer	<p>Wie wird sich die Neuordnung der Grundsteuer auf den Verwaltungsaufwand auswirken? Sind zusätzliche Personalaufwendungen oder IT-Investitionen notwendig? Wenn ja, sind diese bereits veranschlagt?</p>																																																												

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Bislang sind keine zusätzlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Neuordnung der Grundsteuer geplant. Aktuell liegen hierzu noch keine Erkenntnisse vor, wie die Datenübermittlung vom Finanzamt zur Steuerverwaltung geplant ist. Die Verwaltung geht derzeit davon aus, dass bis zum Jahr 2021 noch keine Daten hierzu von der Finanzverwaltung geliefert werden und der Umstellungsprozess in der Steuerverwaltung erst danach beginnt. Für den Umstellungsprozess sowie die Bearbeitung der in diesem Zusammenhang eingehenden Widersprüche werden voraussichtlich weitere Personalressourcen benötigt, deren Umfang derzeit aber noch nicht abgeschätzt werden kann. Der zusätzliche Personalbedarf für die Umstellung ist neben der Art der Datenübermittlung auch vom Zeitpunkt der Datenlieferung durch das Finanzamt und der damit verbleibenden Zeit bis Ende 2024 für das Einpflegen der Daten bei der Steuerverwaltung abhängig.</i></p>
Die Grünen	776	16-01-01	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	<p>Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen reduzieren sich von 2018 auf 2019 von -1,3 Mio. € auf -0,1 Mio. €. Was verbirgt sich hinter dem Ergebnis 2018 und wie realistisch ist der Ansatz für 2020ff?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Das Ergebnis des Jahres 2018 enthält neben der Verzinsung der Gewerbesteuererstattungen auch einen Anteil von rd. 920 TEUR für Einzelwertberichtigungen, welche im Haushaltsplan zentral bei Produkt 01-09-06 veranschlagt werden. Darüber hinaus ist ein Betrag von rd. 74 TEUR enthalten, welcher als Zuführung zur Rückstellung für Verzinsung von Gewerbesteuererstattungen verbucht wurde. Grundsätzlich unterliegen die zu verzinsenden Gewerbesteuererstattungen starken Schwankungen. Der Ansatz für die Jahre 2020 ff. wurde als Durchschnittswert der Ergebnisse der vergangenen 10 Jahre ermittelt, wobei Ausreißer (der jeweils höchste und der jeweils niedrigste Wert) hierbei nicht berücksichtigt wurden.</i></p>
Die Grünen	784	16-01-02	20	Zinsen für Kredite	<p>Wie stellt sich das Risiko von Zinsänderungen insgesamt dar? Welche Darlehen laufen in welchen Zeitabständen aus (z.B. < 5 Jahre, 5 – 10 Jahre, > 10 Jahre)? Wie stellt sich insgesamt die Zinsbindung dieser Darlehen dar? Hat die Verwaltung Berechnungen durchgeführt, wie groß die Risiken steigender Zinsen sind</p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p>– Beispiel: Wie entwickeln sich die Zinsaufwendungen, falls hypothetisch das Zinsniveau ab 2021 um 1 %-Punkt steigt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Investitionskredite der Stadt Sankt Augustin mit Festzins wurden für einen bestimmten Zinsbindungszeitraum oder die Gesamtlaufzeit mit einem festen Zinssatz abgeschlossen und unterliegen in diesem Zeitraum keinerlei Zinsänderungsrisiken. Nach Ende der Zinsbindung müssen die Darlehen hinsichtlich ihrer Zinssätze dann neu verhandelt bzw. ausgeschrieben werden. Sie unterliegen somit dem marktüblichen Zinsänderungsrisiko. Swaps und variable Darlehen werden in den ausgehandelten Zeiträumen neu gefixt und unterliegen somit auch dem marktüblichen Zinsänderungsrisiko. Drei Investitionskredite haben eine Laufzeit zwischen 5 und 10 Jahren, alle übrigen Kredite haben eine Gesamtlaufzeit von über 10 Jahren. Allerdings sind davon nicht alle Kredite bis zum Laufzeitende zinsgebunden. In 14 Fällen ist eine kurze Zinsbindungsfrist vereinbart. Davon betroffen sind innerhalb der nächsten 5 Jahre drei Darlehen. Im Zeitraum zwischen 5 und 10 Jahren dann nochmals neun Darlehen. Zwei Darlehen stehen erst nach 10 Jahren zur Umschuldung an. Die Neuaufnahme von Investitionsdarlehen im Finanzplanungszeitraum wurde im Haushalt mit den aus Zinsprognosen für die einzelnen Jahre resultierenden Zinssätzen zwischen 1,40 % und 1,70 % berechnet. Wie im Vorbericht dargestellt würde eine Erhöhung des Zinssatzes um 1 % zusätzliche Zinsbelastungen im gesamten Planungszeitraum (2020 bis 2024) von rd. 4,0 Mio. EUR nach sich ziehen.</i></p>
Die Grünen	784	16-01-02	20	Zinsen / Swap	<p>Die Stadt hat diverse Swap Geschäfte getätigt. Welcher Art sind diese Geschäfte, welche Größenordnung haben diese Geschäfte, welche Risiken und Chancen ergeben sich? Gibt es außer Swaps weitere derivative Geschäfte? Welche Risiken und Chancen ergeben sich daraus für den Haushalt?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die Stadt Sankt Augustin hat Swap-Geschäfte lediglich in den Jahren 2005 bis 2009 getätigt.</i></p>

Fraktion	Seite	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Fragestellung der Fraktion/Stellungnahme der Verwaltung
					<p><i>Aktuellere Verträge wurden nicht abgeschlossen. Bei den von der Stadt Sankt Augustin abgeschlossenen Swap-Geschäften handelt es sich ausschließlich um sog. „Plain-Vanilla-Swaps“, d. h. einfach strukturierte Swaps, die ausschließlich zur Zinssicherung abgeschlossen wurden. Es wurden keine Zinswetten oder andere derivative Geschäfte abgeschlossen. Das aktuelle Nominalvolumen der abgeschlossenen Swaps beläuft sich auf 40.502.939 EUR. Die Restlaufzeiten der Swap-Verträge liegen zwischen einem Jahr und fast 28 Jahren.</i></p> <p><i>Ausgelöst durch den anhaltenden Negativzins und eine damit verbundene Umkehr der Zahlpflicht durch das einseitige Einziehen eines sog. Floors seitens der Banken bei 0 EUR, entstand ein Ungleichgewicht zwischen dem abgeschlossenen Swap und dem zugrunde liegenden variablen Tilgungsdarlehen. Die bisher gebildeten Bewertungseinheiten drohen dadurch auseinanderzufallen und sind infolgedessen zu bilanzieren. Aus diesem Grund wurden im Jahresabschluss 2018 erstmalig Drohverlustrückstellungen für schwebende Rechtsgeschäfte in Höhe von 1,4 Mio. EUR gebildet. Die Zulässigkeit der Vorgehensweise der Banken ist in fünf Fällen derzeit Gegenstand einer juristischen Überprüfung.</i></p>
Aufbruch	785	16-01-02	7	allg. Finanzwirtschaft	<p>Wie lange ist die Laufzeit der Verträge für die SWAP- Geschäfte?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> <i>Die neu im Jahresabschluss 2018 gebildeten Drohverlustrückstellungen beziehen sich auf insgesamt sieben Swap-Verträge mit unterschiedlichen Laufzeiten. Die kürzeste Laufzeit endet im März 2023, der Vertrag mit der längsten Zinsbindung läuft im Juni 2036 aus. Alle Verträge sind fest bis zum Laufzeitende, eine vorzeitige Kündigungsmöglichkeit besteht nicht.</i></p>